

LANDTAG DES SAARLANDES

(15. Wahlperiode)

Anhörung

zum Gesetzentwurf

Gesetz zur Änderung des Landesheimgesetzes Saarland und weiterer Gesetze

(Drucksache 15/1929)

Mittwoch, 16. November 2016

Auszug aus dem Protokoll der 100. Sitzung des
Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Den Vorsitz führt Abgeordneter S c h a r f (CDU).

Verzeichnis der Angehörten:

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Saar	Herr Hamm	S. 1
Kassenärztliche Vereinigung Saarland	Herr Herian	S. 3
Deutscher Bundesverband für Pflegeberufe (DBfK) Südwest e.V.	Herr Seibel	S. 4
Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V.;		
Saarländische Pflegegesellschaft e.V.	Frau Eicher	S. 7
Lebenshilfe Landesverband Saarland e.V.	Herr Müller	S. 8
Sozialverband VdK Saarland e.V.	Frau Keßler	S. 11

- - - - -

Die dem Ausschuss zugegangenen schriftlichen Stellungnahmen sind dem Auszug
als Anhang beigelegt.

- - - - -

- öffentlicher Teil -

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Gesetz zur Änderung des Landesheimgesetzes Saarland und weiterer Gesetze
(Drucksache 15/1929)
- Anhörung

Vorsitzender: Wir treten nun in die Anhörung ein. Bitte nehmen Sie Platz! - Meine Damen und Herren, ich darf Sie sehr herzlich zu unserer Anhörung willkommen heißen. Schön, dass Sie heute bei uns sind. Wir mussten zunächst noch einen Tagesordnungspunkt abhandeln, der sich auf die Blindheitshilfe bezieht und ab dem 01.01.2017 umgesetzt werden soll. Das musste in nicht öffentlicher Sitzung beschlossen werden, nun fahren wir aber in öffentlicher Sitzung fort. Für Ihr Verständnis darf ich Ihnen danken. Noch einmal ein herzliches Willkommen! - Wir beginnen mit der Anhörung. Herr Hamm von der LIGA hat noch weitere Termine. Herr Hamm, ich darf daher zunächst Sie um Ihre Stellungnahme bitten.

Herr Hamm (LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Saar): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vorsitzender, zunächst einmal vielen Dank, dass Sie meine Stellungnahme vorgezogen haben. Die LIGA hatte ja schon Gelegenheit, sich im Rahmen der Erstellung des Gesetzestextes mit eigenen Vorschlägen, Veränderungsvorschlägen, einzubringen. Wir haben auch eine finale schriftliche Stellungnahme abgegeben, die Ihnen allen vorliegt. Daher werde ich hier nun wirklich nur noch auf einige wenige Punkte gesondert eingehen.

Zunächst einmal begrüßen wir es, dass unsere Anregung aufgenommen wurde, im neuen Titel des Gesetzes klarzustellen, dass von diesem Gesetz zwei Personengruppen erfasst werden, nämlich pflegebedürftige Menschen und Menschen mit Behinderung. Das ist aber aus unserer Sicht zugleich auch die größte Herausforderung, im Gesetzestext wirklich beiden Gruppen gerecht zu werden. Es handelt sich um zwei Personengruppen aus unterschiedlichen Lebensbereichen mit unterschiedlichen Versorgungsstrukturen, und es werden auch unterschiedliche Zielsetzungen verfolgt.

Das darf aus unserer Sicht nicht dazu führen, dass sich der Radius von Prüfinstitutionen so ausdehnt, dass damit auch höchstpersönliche Lebensbereiche tangiert werden. Ich spreche insbesondere vom ambulanten Bereich, hier exemplarisch vom selbstbestimmten Wohnen für Menschen mit Behinderung, das sich ja, das muss man sagen, im Saarland erfreulicherweise in sehr großem Umfang etabliert hat. Aus unserer Sicht ist die grundsätzliche Festlegung, dass das Gesetz erst greift ab Wohnformen mit mindestens sechs Personen, erst mal sinnvoll. Man muss aber natürlich auf der anderen Seite auch aufpassen, dass nicht wieder durch eine andere Regelung, nämlich die Einheit von Vermieter und Leistungserbringer, quasi durch die Hintertür das Gesetz doch greift; damit wird im Prinzip diese Sechs-Personen-Grenze ein Stück weit ausgehebelt. Meines Wissens werden auch andere Stellung-

nahmen heute Morgen noch auf diesen Aspekt dezidiert eingehen, deswegen möchte ich es von meiner Seite aus bei diesen kurzen Ausführungen belassen.

Ich möchte noch zwei, drei Anmerkungen zur Handhabbarkeit des Gesetzestextes machen: Positiv zu bewerten ist, dass an einigen Stellen Konkretisierungen vorgenommen wurden. Das hatten wir auch angeregt. Es geht dabei beispielsweise um den Punkt des erweiterten Führungszeugnisses. Dazu stand in der vorangegangenen Version noch, dass dieses bei Einstellung und dann regelmäßig vorzulegen sei, wobei nicht klargestellt wurde, was überhaupt „regelmäßig“ bedeutet. Das ist in der nun vorliegenden Form geklärt, sodass diesbezüglich für die Trägerseite auch keine Unklarheit besteht, in welchem Rhythmus die Führungszeugnisse abgefragt werden müssen.

Der Gesetzestext ist allerdings an einigen Stellen ein Stück weit „unlesbar“, so will ich es umschreiben. Ich möchte anregen, sich einmal § 16 Abs. 2 Nr. 5 anzuschauen. Ich verzichte darauf, ihn nun komplett vorzulesen. Sie finden darin aber über mehrere Zeilen hinweg eine Aneinanderreihung von Verweisen, sodass Ihnen am Ende des Satzes nicht mehr der Beginn des Satzes und der Sinn Erinnerung sind. Das macht es in dieser Häufung für Träger natürlich schwierig, mit diesem Gesetz zu arbeiten; wir sind aber ja alle bemüht, die Bestimmungen einzuhalten. Deswegen wäre meine Anregung, ein wenig zu entschlacken und den Gesetzestext wirklich auch als Gesetz lesbar zu machen. Dass so ein Gesetz nicht in leichter Sprache abgefasst werden kann, ist klar. Allerdings muss gerade bei einer solchen Aneinanderreihung von Verweisen nach unserer Ansicht darauf geachtet werden, dass das für die Praxis noch handhabbar ist.

Ich möchte nun noch einen Hinweis zu § 17 geben, in dem es um die Erprobungsregelungen geht. Darin ist festgeschrieben, dass der Träger - ich gehe davon aus, dass der Träger der Einrichtung gemeint ist - die Kosten für eine wissenschaftliche Begleitung zu übernehmen hat. Dazu regen wir an, dass diese starre Festlegung nicht im Gesetz getroffen wird, sondern dass das aus dem Gesetz herausgenommen wird und dass es jeweils eine individuelle Vereinbarung zwischen Sozialministerium und Träger gibt. Das ist aus unserer Sicht sachgerechter, weil es ja beispielsweise auch im Sinne des Sozialministeriums sein könnte, eine solche wissenschaftliche Begleitung anzustoßen und die Ergebnisse auch zu verwerten. Wir würden deswegen empfehlen, diese starre Regelung der einseitigen Kostenzuschreibung hier herauszunehmen und im Gegenzug, wenn § 17 zum Tragen kommt, eine individuelle Vereinbarung zwischen Träger und Sozialministerium zu schließen.

Zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich noch eine grundsätzliche Anmerkung machen: Es sieht - Stand heute - so aus, dass das Bundesteilhabegesetz zum Ende des Jahres kommen wird. Das Bundesteilhabegesetz wird, wie Sie alle wissen, grundlegend in Strukturen der Eingliederungshilfe eingreifen, sei es im Bereich Wohnen, sei es im Bereich Pflege, sei es an der Schnittstelle zwischen Pflege und Wohnen. Das heißt, man kann davon ausgehen, dass das Bundesteilhabegesetz auch Auswirkungen haben wird auf das Landesheimgesetz. Insofern würde ich empfehlen, die Beschlussfassung über das Landesheimgesetz jetzt noch nicht herbeizuführen,

sondern erst Anfang 2017, wenn die finale Version des Bundesteilhabgesetzes bekannt sein wird und man auch abschätzen kann, ob es Interdependenzen zwischen beiden Gesetzen gibt. Damit ließe sich eine gesonderte und in diesem Fall auch vermeidbare nochmalige Anpassung des Landesheimgesetzes vermeiden, man könnte vielmehr an den Schnittstellen direkt eingreifen. - Vielen Dank.

Vorsitzender: Danke schön, Herr Hamm. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall. Wir kommen somit zur Stellungnahme des Landespflegerates, der durch Frau Ruth Klein vertreten ist. Sie haben das Wort.

Frau Klein (Landespflegerat): Ich habe auf eine Stellungnahme hier verzichtet.

Vorsitzender: Alles klar. - Dann ist die Reihe an der Kassenärztlichen Vereinigung, die vertreten wird durch Herrn Wolfgang Herian. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Herr Herian (Kassenärztliche Vereinigung Saarland, Ressort hausärztliche Versorgung): Zunächst einmal möchte ich Herrn Dr. Meiser entschuldigen, der gerne diesen Termin wahrgenommen hätte, sich aber heute auf den Weg nach Berlin machen musste. Deshalb bin ich heute in seiner Vertretung hier. Wir haben ja auch eine schriftliche Stellungnahme eingereicht.

Uns ist daran gelegen, dass bei der Errichtung von neuen Pflegeheimen oder auch neuen ambulanten Wohnformen, insbesondere solchen zur Versorgung von Wachkomapatienten, stärker auch die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung bedacht wird. Wir haben die Situation, dass hier in Saarbrücken eine ambulante Wohnform eingerichtet wurde - und anschließend nachgefragt wurde, wo denn der Arzt dafür zu finden sei. Das sind teilweise Intensivpflegepatienten, die auch eine entsprechende Betreuung benötigen. So etwas gehört eher nicht in den ambulanten Bereich, sondern in den stationären. Solche Kapazitäten werden auch regelmäßig in der ambulanten Versorgung nicht vorgehalten.

Noch einmal zur Verdeutlichung zum Fall, dass irgendwo neue Pflegeheime errichtet werden: Wir haben in Wadern eine drohende Unterversorgung im hausärztlichen Bereich. Daher wäre es natürlich ungünstig, wenn dort zusätzliche Heime errichtet würden. Das würde die Situation dort nicht verbessern. Deshalb ist es unser Wunsch, dass bei der Errichtung von Pflegeheimen und der Genehmigung von neuen Wohnformen, die eine entsprechende ambulante ärztliche Versorgung nach sich ziehen, auch die Situation betrachtet wird, wie sie vor Ort gegeben ist. Es wäre günstig, wenn vor Genehmigung beziehungsweise Errichtung auch eine Stellungnahme der KV oder der Kassen und der KV - es gibt entsprechende Gremien - eingeholt würde. So weit unsere Ausführungen dazu.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Herian. Gibt es Nachfragen? - Kollege Volker Schmidt.

Abg. Schmidt (SPD): Kann ich das so verstehen, dass man, wenn die Hausarztliche nicht gewahrt ist, ein Pflegeheim nicht zulassen sollte?

Herr Herian: Das wäre möglicherweise in letzter Konsequenz die Folge. Ich habe ja den Bereich Wadern angesprochen: Wenn dort jetzt Pflegeheime errichtet werden, dann zieht das nicht automatisch nach sich, dass entsprechende Ärzte vorhanden sind. Sicherlich haben, wenn Pflegeheime errichtet werden sollen, die Pflegeheime auch die Möglichkeit, Ärzte anzustellen. Die Frage ist aber halt, ob das dann so funktioniert. Ich denke, man sollte diese Versorgungssituation zumindest einmal bedenken, in die Überlegungen einbeziehen.

Vorsitzender: Gibt es weitere Nachfragen? - Kollegin Astrid Schramm.

Abg. Schramm (DIE LINKE): Ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen. - Wenn Sie nun diesen Punkt so intensiv ansprechen, stellt sich mir natürlich die Frage: Hat es denn solche Fälle schon einmal gegeben, Fälle in diesem Bereich, in denen es Probleme gegeben hat?

Herr Herian: Ja sicher. Ich habe ja konkret das Beispiel angesprochen, bei dem eine ambulante Wohnform mit Wachkomapatienten eingerichtet worden ist. Es gibt dort aber keine entsprechenden Mediziner im ambulanten Bereich, die eine intensivmedizinische Betreuung solcher Patienten sicherstellen könnten. Das ist gar nicht vorgesehen. Es sorgt natürlich schon für Probleme, wenn man solche Vorhaben in der Reihenfolge umsetzt, dass man erst die Wohnform errichtet und dann erst sagt, jetzt brauchen wir auch einen Arzt dafür. Das sorgt halt für Probleme. Da wünschten wir uns eine bessere Abstimmung. Das soll natürlich nicht heißen, dass man untersagt, solche Dinge zu errichten. Bevor das Kind aber im Brunnen liegt, sollte man sich vielleicht doch dahingehend Gedanken machen.

Vorsitzender: Gibt es weitere Nachfragen? - Das ist nicht der Fall. Ich darf als nächsten Anzuhörenden den Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe aufrufen. Er wird vertreten durch Herrn Uwe Seibel. Herr Seibel, Sie haben das Wort.

Herr Seibel (Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) Südwest e.V.): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank zunächst, dass Sie uns gebeten haben, zum neuen Saarländischen Wohn-, Betreuungs- und Pflegequalitätsgesetz eine Stellungnahme abzugeben. Unsere schriftliche Stellungnahme liegt Ihnen ja vor. Ich möchte versuchen, drei für uns wichtige Punkte herauszugreifen: Erstens die Aufnahme der ambulanten Pflegedienste in den Geltungsbereich dieses Gesetzes, zweitens die Regelung zur regelmäßigen Überprüfung der Führungszeugnisse der Mitarbeiter, drittens Fragen zur Qualität und Quantität im Zusammenhang mit den Änderungen in Art 7., also im Rahmen der Personalverordnung.

Ich beginne mit dem Thema der ambulanten Pflegedienste. Wir sind der Ansicht, dass ambulante Pflegedienste nicht in den Geltungsbereich dieses Gesetzes fallen sollten, da die ambulanten Pflegedienste ohnehin geprüft werden durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen. Ich weiß, auch die stationären Einrichtungen werden geprüft. Aber der Regelungsbedarf, so möchte ich einmal sagen, für den Pa-

tienten in der ambulanten Pflege scheint uns hier nicht gegeben, weil der Patient sozusagen nicht direkt aufgrund der Einrichtung oder der Räumlichkeiten einer ambulanten Pflegeeinrichtung in Gefahr geraten kann. Die Kriterien, die angefügt sind, erfüllen ja weitgehend auch die Prüfkriterien des SGB XI. Hinzu kommt auch, dass das PSG III eine zusätzliche Abrechnungsprüfung der ambulanten Pflege vorsieht, also einen weiteren Schutz auch der Versicherten, der Patienten der ambulanten Pflegedienste. Deswegen unsere Bitte, die ambulanten Pflegedienste nicht einzubeziehen.

Wir haben an späterer Stelle in der schriftlichen Stellungnahme zwei Punkte notiert, die wir für den Fall, dass dies so im Gesetz bleiben sollte, dass die ambulanten Dienste im Geltungsbereich des Gesetzes bleiben, herauszunehmen bitten. Einer dieser Punkte ist - damit komme ich zum zweiten Punkt, den ich ansprechen möchte - die regelmäßige Überprüfung der Führungszeugnisse von Mitarbeitern. Diese Passage lehnen wir kategorisch ab - aus mehreren Gründen: So ist in der Begründung zur Verordnung geschrieben, dass dies notwendig sei zur Überprüfung der fachlichen und persönlichen Eignung zur Ausübung des Berufes. Wir sehen dies mit einem regelmäßigen Führungszeugnis nicht gegeben, weil man dort ja im Grunde erst etwas findet, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Eine fachliche und persönliche Eignung für die Pflege begründet sich in einer guten Ausbildung, bereits in der Auswahl der Personen, die in die Pflege gehen, und dann auch in der Personalentwicklung und in Personalgesprächen, also, so möchte ich sagen, in den üblichen Managementinstrumenten, die man in einer Einrichtung anwenden sollte. Dann kann man eben auch im Vorfeld vorbeugend tätig sein. Des Weiteren gibt es ja im Saarland eine Berufsordnung für die Pflegeberufe.

Nach unserem Verständnis und nach dem Verständnis anderer Heilberufe, auch bei den Kollegen Ärzten, ist es eben so, dass eine verpflichtende Registrierung und eine verpflichtende Fortbildung zum Erhalt der Berufszulassung dienlich sind. Dies muss überwacht und überprüft werden, was in der Regel eine Heilberufskammer übernimmt. Sie kennen unsere Forderungen nach Pflegekammern bundesweit, das gilt natürlich auch für das Saarland. Wie gesagt: Wir denken eben, dass das Führungszeugnis nur zu einem weiteren Verwaltungsaufwand führt und auch - ich möchte das jetzt einmal so ausdrücken - in gewisser Weise zu einer Kriminalisierung einer Berufsgruppe. Das klingt jetzt hart, und ich weiß, in der Begründung ist das auch deutlich anders dargelegt. Uns kommt es aber manchmal so vor, und das ist für die Attraktivität des Berufes sicherlich nicht förderlich.

Ich komme zum dritten Punkt, zu Fragen nach der Qualität und der Quantität des Personals. Hier möchte ich vor allem auf den Gesichtspunkt der Führung eingehen. Da Führungsinstrumente wie Personalentwicklung und Personalgespräche so wichtig sind, muss eine Pflegedienstleitung deutlich besser ausgebildet sein als nur durch eine Weiterbildung von 460 Stunden, wie es das SGB XI vorsieht. Deswegen finden wir es schade, dass nun in der Verordnung das Wort „Pflegedienstleitung“ ersetzt wird durch „verantwortliche Pflegefachkraft“. Ich kann das nachvollziehen, insoweit man Normen in Einklang bringen will. Aber Sprache zieht natürlich auch immer etwas nach sich, und nach unserem Dafürhalten muss eine Pflegedienstleitung ein

Studium nachweisen, eine adäquate Ausbildung nachweisen, und ausreichend Zeit für Führung und Leitung haben. Dann entgehen wir auch all den anderen Problemen, die wir sehen.

Hinsichtlich der Quantität des Personals bitten wir darum, dass man, bis das Personalbemessungsinstrument nach dem PSG II sozusagen erforscht worden ist, einen Stellenschlüssel, einen Anwesenheitsschlüssel, von 1 : 8 im Tagdienst und 1 : 30 im Nachtdienst umsetzt. - Das wären unsere wesentlichen Hinweise zu diesem Gesetz.

Vorsitzender: Danke schön, Herr Seibel. Gibt es Nachfragen an Herrn Seibel? - Bitte.

Frau Eicher (Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V.): Habe ich Sie gerade richtig verstanden, dass Sie dafür plädieren, die Ausbildung der Pflegedienstleitung grundsätzlich durch ein Studium herzustellen?

Herr Seibel: Ja.

Frau Eicher: In dieser Zeit, in der wir aufgrund des Fachkräftemangels ohnehin ein ganz erhebliches Problem haben, ausreichend Pflegedienstleitungen beziehungsweise - wie es ja in allen anderen Regelungen heißt - verantwortliche Pflegefachkräfte für alle Einrichtungen sicherzustellen?

Herr Seibel: Nun gut, die Frage ist natürlich immer: Erlassen wir eine Norm aufgrund des Zieles, die Bevölkerung adäquat und gut zu versorgen und den Pflegedienst ordentlich zu führen, oder erlassen wir eine Norm vor dem Hintergrund aktueller struktureller Probleme? Dass wir einen Fachkräftemangel haben, ist auch uns bewusst. Es stellt sich aber auch die Frage, warum wir den haben, warum niemand in diesen Beruf will. Das ist nämlich eine Frage der Rahmenbedingungen. Man hat Pflege sozusagen immer weiter herabreduziert, und deswegen will eben niemand mehr diesen Beruf ergreifen.

Das ändert aber nichts daran, dass die Anforderungen an das Leitungspersonal in den letzten Jahren deutlich gestiegen sind. Besonders in den stationären Einrichtungen ist doch die Pflegedienstleitung die zentrale Ansprechpartnerin, nicht nur für das Personal, sondern auch für die Angehörigen, ebenso für die Patienten. In einem Vortrag ist hier eben schon der in einigen Regionen bestehende Ärztemangel angeklungen, und die Pflegedienstleitung ist auch zentrale Ansprechpartnerin für den Hausarzt. Denken wir auch einmal an strukturschwache Regionen und auch noch ein wenig in die Zukunft der Entwicklung der Pflegeberufe: Man denkt ja mittlerweile in Modellen beispielsweise auch darüber nach, dass Pflege auch ärztliche Aufgaben übernimmt - dort, wo das sinnvoll und notwendig ist. Das setzt natürlich auch ein Studium voraus. Also ich meine, wenn wir weitblickend denken, müssen wir dahin kommen. Und im Übrigen ist ein Studium zum Pflegemanagement nichts Neues, sondern seit mittlerweile zehn oder 15 Jahren möglich.

Frau Eicher: Ich glaube aber nicht, dass man verantwortliche Pflegefachkraft und Ärzte gleichsetzen kann. Ich teile Ihre Meinung diesbezüglich absolut nicht.

Herr Seibel: Ich setze ja auch die verantwortliche Pflegekraft nicht mit den Ärzten gleich.

Frau Eicher: Nein, aber die Voraussetzungen wollen Sie - -

Herr Seibel: Nein, nein, Moment: Ich setze in dem Punkt gleich, dass einer Pflegedienstleitung die zentrale Steuerungsfunktion in einer Einrichtung obliegt und sie sozusagen auch Netzwerke bilden muss.

Frau Eicher: Ich glaube aber nicht, dass man das im Rahmen eines Studiums erlernt.

Herr Seibel: Gut, da können wir ja unterschiedlicher Meinung bleiben. Das ist unsere Haltung, bundesweit zu allen anderen Heimgesetzen haben wir das auch so eingebracht. Deswegen bringen wir das auch im Saarland so ein.

Abg. Schmidt (SPD): Ist das irgendwo berücksichtigt worden, in irgendeinem Bundesland?

Herr Seibel: Nein, das ist bisher nicht berücksichtigt worden. Das heißt aber ja nicht, dass wir unsere Seele verkaufen müssen. Wir müssen ja schon auch Kurs halten.

Abg. Schmidt (SPD): Ja sicher. Ich wollte das auch nur einmal wissen.

Vorsitzender: Danke schön. - Als nächsten Anzuhörenden rufe ich den Bundesverband privater Anbieter auf, vertreten durch Frau Angela Eicher. Sie vertreten auch Herrn Stenger von der Saarländischen Pflegegesellschaft. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Frau Eicher (Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V., Landesgeschäftsstelle Saarland; Saarländische Pflegegesellschaft e.V.): Auch ich bedanke mich herzlich für die Einladung und für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Wir haben ja auch schon mehrfach schriftlich Stellung genommen, sowohl der BpA als auch die Saarländische Pflegegesellschaft, und wir haben auch bereits in der Expertenrunde zum Landesheimgesetz mitgewirkt. Insofern kann ich mich heute sehr kurz fassen.

Was § 1a angeht, der die stationären Einrichtungen betrifft, sind wir der Auffassung, dass die Einbeziehung der teilstationären Einrichtungen und auch der Kurzzeitpflegeeinrichtungen pauschal als stationäre Einrichtungen zu weitgehend ist, da wir das Schutzbedürfnis nicht sehen. In den teilstationären Einrichtungen sind Menschen nur für wenige Stunden oder vielleicht an einem Tag oder zwei Tagen die Woche anwesend, aber nicht den ganzen Tag. Deshalb glauben wir nicht, dass insoweit ein Schutzbedürfnis besteht im Sinne von regelmäßiger Überprüfung durch die Aufsicht. Entsprechendes gilt für Kurzzeitpflegeeinrichtungen.

Die Ausweitung auf die ambulanten Dienste halten wir, ebenso wie mein Vorredner, für viel zu weit gehend. Ich kann mich meinem Vorredner vollumfänglich anschlie-

ßen: Es gibt schon genügend Prüfinstanzen, und es führt zu einer Überreglementierung, nun auch die ambulanten Dienste in das Landesheimgesetz beziehungsweise in das Saarländische Wohn-, Betreuungs- und Pflegequalitätsgesetz, wie es nunmehr heißt, einzubeziehen.

Was die Einrichtungen des ambulant betreuten Wohnens angeht, begrüßen wir grundsätzlich die Einbeziehung und die weitergehende Kontrolle, weitergehend, als dies bislang der Fall ist. Allerdings sind wir der Meinung, dass es dort flexiblere Regelungen geben sollte. Zu zwei konkreten Stellen möchte ich anregen, den Gesetzesentwurf, wie er uns nun vorliegt, zu ändern:

Erstens ist § 1b Abs. 3 Nr. 3 zu nennen. Hiernach soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass ambulante Dienste auch Anstellungsträger für die Präsenzkraft im Sinne des § 38a Abs. 1 Nr. 3 SGB XI sein können. Mir erscheint die Lesbarkeit an dieser Stelle etwas schwierig. Ich selbst habe das auch dreimal lesen müssen, bis ich verstanden habe, was gemeint ist. Ich schlage daher vor, an dieser Stelle wie folgt zu formulieren: „Alternativ kann der Ambulante Dienst Anstellungsträger der Präsenzkraft sein.“ Das wäre wesentlich einfacher und auch für die Einrichtungsträger besser verständlich.

Zweitens ist die Forderung, wonach die Büroräume eines in Anspruch genommenen ambulanten Pflegedienstes nicht „in enger räumlicher Verbindung“ mit der Wohnform stehen dürfen, nicht eindeutig. Angesichts der Möglichkeit, dass beispielsweise auf demselben Grundstück ein ambulanter Pflegedienst und ein betreutes Wohnen, eine stationäre Einrichtung - das ist an vielen Stellen im Saarland so -, betrieben werden, halte ich es für notwendig, den Begriff der „räumlichen Nähe“ deutlicher zu definieren. Allein die räumliche Nähe kann nicht dazu führen, dass per se das Gesetz Anwendung findet.

Im Übrigen möchte ich auf unsere schriftlich eingereichten Stellungnahmen und Änderungswünsche verweisen. - Ich bedanke mich.

Vorsitzender: Danke, Frau Eicher. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall. Ich darf nun den Landesverband der Lebenshilfe aufrufen, vertreten durch Herrn Landesvorsitzenden Bernhard Müller. Bernhard, du hast das Wort.

Herr Müller (Lebenshilfe Landesverband Saarland e.V., Landesvorsitzender): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich danke für die Einladung. Wir haben eine umfassende schriftliche Stellungnahme vorgelegt, die hier vorzulesen zu weit führen würde. Ich will daher nun nur auf einige Eckpunkte eingehen, die sich zum Teil auch mit Stellungnahmen der LIGA und anderer Verbände aus dem Bereich der Behindertenhilfe decken.

Zunächst einmal geht unsere Bitte dahin - wie auch von der LIGA angeregt -, die Reform in das Jahr 2017 zu verschieben, weil im Moment der Prozess der Reform der Eingliederungshilfe läuft und derzeit abzusehen ist, dass die Einführung des Bundesteilhabegesetzes zum 01.01.2017 kommen wird. Das wird für die Einrichtungen und

für die Menschen mit Behinderung eine gravierende Veränderung der Rechtsnorm und der Ansprüche bedeuten. Wir bewegen uns ja weg von der Sozialhilfe und hin zu einer personenzentrierten, zu einer personenorientierten Hilfe. Diese Aspekte müssen nach unserer Auffassung auch in diesem Gesetz beachtet werden. Deshalb bitten wir zu prüfen, ob die Verschiebung in das Jahr 2017 erfolgen kann, damit Neuerungen, die in diesem Bereich kommen werden, auch in diesem Gesetz berücksichtigt werden können.

Wir sehen aus Sicht der Behinderten durchaus, dass für die Einrichtungen der Pflege gewisse Änderungsbedarfe bestehen. Wir sehen das für den Bereich der Behinderteneinrichtungen aber nicht so dezidiert, wir erachten das nicht als zwingend notwendig. Nichtsdestotrotz enthält der Entwurf einige Regelungen, die wir - das ist auch von Vorrednern schon gesagt worden - als einen zu starken Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der behinderten Menschen sehen.

Ein Problem im Entwurf des Gesetzes ist auch, dass die Trennschärfe zwischen Pflege und Behinderung sehr schwierig zu ziehen ist. Im Gesetz ist die Rede von Pflege und Betreuung. Die Hilfen, die für behinderte Menschen angeboten werden, gehen aber deutlich weiter; wir reden im Bereich der Behinderten von Teilhabeleistungen. Dieser Aspekt wird im Gesetz generell nicht so stark gesehen. Man kann in diesem Zusammenhang auch sagen: Der Diskussionsprozess, der am Ende zu diesem Gesetz geführt hat, ist sehr intensiv geführt worden. Man hat dabei auch gesehen, dass es sehr große Differenzen zwischen den Interessen der Vertreter der Pflegeeinrichtungen und der Behindertenhilfe gibt. Die grundsätzliche Problematik ist einfach: Wenn man alle Dinge in einem Gesetz regeln will und Begrifflichkeiten verwendet, die im Grunde keine Trennschärfe haben, schafft das eben Probleme.

Was uns ganz große Sorgen macht, ist der Bereich der sogenannten ambulanten Wohnformen. Diese waren ja bisher nicht unter die Heimaufsicht gestellt worden. Wir sehen in der Einbeziehung dieser Wohnformen für den Bereich der Behindertenhilfe große Probleme. Es sind zwar aus der Diskussion im Vorfeld gewisse Konsequenzen gezogen worden. So ist im Entwurf nun vorgesehen, dass Wohngemeinschaften erst dann unter die Heimaufsicht fallen, wenn mehr als sechs Personen in der Einrichtung leben. Über diese Größe kann man sicher auch noch diskutieren; darüber, ob das trennscharf ist, müsste man sich noch einmal vertieft Gedanken machen, darüber, was gerade zu dieser Zahl 5 geführt hat. Andere Bundesländer haben teilweise größere Freiräume; da gilt das erst ab zwölf oder zehn. Das scheint uns auch noch diskussionswürdig zu sein.

Was uns große Probleme bereitet, ist die Einbeziehung häuslicher Wohnformen von Menschen mit Behinderung. Zwar wird im Gesetz diese Wohnform grundsätzlich nicht als „Einrichtung“ definiert, über einen Umweg kommt man aber dann doch wieder dahin, dass daraus „Einrichtungen“ werden. Das ist dann der Fall, wenn das Wohn- und Betreuungsangebot aus einer Hand angeboten werden, wenn also die Einrichtung der Behindertenhilfe Mieter oder Eigentümer von Wohnungen ist und gleichzeitig eine Betreuungszeit zwischen drei und neun Stunden anbietet - die übrigens im Rahmen der Leistungsvereinbarung erbracht wird, mit der man ein sehr gu-

tes Instrument hat, um einzugreifen. Dass man dann ein heimaufsichtsrechtliches Instrumentarium braucht, das erscheint uns sehr zweifelhaft. Fakt ist aber; ich habe die Zahlen einmal eruiert: Wir betreuen im Bereich der Lebenshilfen im selbstbestimmten Wohnen 300 Menschen. Wir sind damit im Saarland der größte Anbieter solcher Wohnformen. Etwa 80 Prozent der Angebote im selbstbestimmten Wohnen würden unter diese gesetzliche Regelung fallen. Das ist also ein eklatanter Eingriff in die Privatsphäre von Menschen mit Behinderung, die in einer Wohnung leben, ihren Lebensalltag weitgehend selbst gestalten, in relativ geringem Umfang, zwischen drei und neun Stunden, durch einen Träger betreut werden. Die Einbeziehung dieser Wohnformen in die Heimaufsicht lehnen wird grundsätzlich ab. Diesbezüglich gibt es aus unserer Sicht keinen Spielraum.

Der Bedarf ist ja sehr hoch. Legt man die Consens-Studie, die von der saarländischen Landesregierung, vom Sozialministerium, erstellt wurde, zugrunde, haben wir noch einen Bedarf an 400 zusätzlichen Plätzen. Die Ausgangslage ist folgende: Wenn Menschen mit Behinderung - ich vertrete hier mit Schwerpunkt Menschen mit geistiger Behinderung - eine Wohnung anmieten wollen, bekommen sie keinen Wohnraum. Das funktioniert nur über den Transfer und die Anmietung der Wohnräume durch Träger oder durch andere. Unter diesem Blickwinkel ist diese Kombination aus Wohnraumanmietung und Wohnraumüberlassung in einer Hand zu sehen. Die vorgesehene Regelung würde dazu führen, dass wir vermutlich keine oder allenfalls schwierig Wohnangebote für Menschen mit Behinderung, insbesondere mit geistiger Behinderung, bekommen würden. Das kann nicht im Interesse all derjenigen sein, die in diesem Bereich ein weitgehend selbstständiges Wohnen von Menschen mit Behinderung anbieten wollen.

Es kommt ein weiteres Problem hinzu: Wenn diese Wohnformen unter „Einrichtung“ gefasst werden, welches Eingriffsinstrumentarium hat man dann? Gegen wen werden Sanktionen ausgeübt? Das sind junge Menschen oder ältere Menschen, die in eigener Häuslichkeit leben. Dabei kommt es auch schon mal zu Verwerfungen mit den Mitbewohnern oder dem sozialen Umfeld. Bei solchen Problemen wird dann sehr schnell auch die Aufsicht angefragt. Was passiert aber, wenn man dort Unregelmäßigkeiten feststellt? Muss der behinderte Mensch aus der Wohnung? Wird die Betreuung eingestellt? Muss der behinderte Mensch in eine stationäre Wohneinrichtung - bei denen es ja auch keine Plätze gibt?

Das alles sind Fragen, die uns sehr viele Probleme bereiten würden, würde man das in der Praxis umstellen. Deshalb plädieren wir dafür, diesen Bereich komplett aus der Definition der „Einrichtung“ herauszunehmen und diese Wohnform nicht unter Aufsicht zu stellen. Das ist das große Problem, das wir bei diesem Gesetz sehen.

Im Übrigen, im Bereich der stationären Angebote, sehen wir keine Probleme. Die stehen bisher schon unter Heimaufsicht, sodass diesbezüglich von uns keine größeren und differenzierten Anregungen vorhanden sind. Was das Führungszeugnis anbelangt, wurde schon vieles gesagt, daher möchte ich auf eine diesbezügliche Stellungnahme hier verzichten. Wir haben aber auch in unserer umfänglichen schriftli-

chen Stellungnahme gerade die eben beschriebene Problematik ausführlich angesprochen. - Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Bernhard Müller. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall. Somit darf ich als letzten der anwesenden Anzuhörenden den Sozialverband VdK aufrufen, vertreten durch Frau Bettina Keßler. Frau Keßler, Sie haben das Wort.

Frau Keßler (Sozialverband VdK Saarland e.V., Landesgeschäftsstelle): Danke schön, Herr Vorsitzender. Guten Morgen Ihnen allen! Auch der Sozialverband VdK bedankt sich, dass er die Gelegenheit hat, angehört zu werden. Wir haben eine schriftliche Stellungnahme abgegeben, die Ihnen vorliegt. Ich werde auf zwei Punkte eingehen, die uns am Herzen liegen. Zuvor möchte ich aber sagen, dass wir einiges begrüßen, das sich von August bis September, nach dem ersten Entwurf, verändert hat. Darauf möchte ich nun aber nicht eingehen, denn das ist ja auch der schriftlichen Stellungnahme zu entnehmen.

Aufgrund dessen, dass uns die Interessenvertretung pflegebedürftiger Menschen mit Behinderung am Herzen liegt, sehen wir bei zwei Vorschriften Ergänzungs- beziehungsweise Änderungsbedarf. Ein Punkt - es wurde noch nicht erwähnt, das ist aber, so glaube ich, auch unser Ding - betrifft § 5, die Qualitätsanforderungen an den Betrieb. Dabei bewegt man sich ja in einem permanenten Spannungsfeld zwischen einerseits den schutzbedürftigen Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner und andererseits der Gewerbe- und Berufsfreiheit der Einrichtungsbetriebe. Für uns ist es wichtig, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Betreibenden irgendwie fixiert zu sehen, dies einfach auch als notwendige Zulässigkeitsvoraussetzung. Wir haben auch angeregt, eine Definition aufzunehmen, wann ein Betreiber als „insbesondere unzuverlässig“ anzusehen ist, um einfach auch darauf zurückgreifen zu können. Hintergrund ist die erhöhte Schutzbedürftigkeit und die Verletzlichkeit der Bewohnerinnen und Bewohner der verschiedenen Einrichtungen.

Zu § 9: Wir haben schon beim allerersten Entwurf des Landesheimgesetzes gesagt, dass uns die Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohner sehr am Herzen liegt. Wir legen aus unserer Sicht darauf wirklich auch einen Schwerpunkt. Ausgehend von der Überlegung, dass die Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohner immer Vorrang hat, um die größtmögliche Selbstständigkeit zu unterstützen und zu wahren, hat es natürlich auf der anderen Seite Konsequenzen, wenn in bestimmten Wohnumfeldern die Bewohnerinnen und Bewohner nicht in der Lage sind, diese Mitwirkung zu gestalten. Aus dieser Sicht regen wir die Schaffung der Institution eines externen Bewohnerbeirates an - extern einfach aus dem Grund, weil nicht immer Angehörige da sind, die sich um ihre pflegebedürftigen Verwandten oder Bekannten oder um die Menschen mit Behinderung kümmern. Daher regen wir an, dass sich dieser Bewohnerbeirat aus Mitgliedern zusammensetzen soll, die in der Region kontinuierlich in der Behinderten- und Seniorenvertretung tätig sind. Es geht uns also um erfahrene Personen, die für diejenigen da sind, die nicht selbst mitwirken und mitgestalten können. Die Heimaufsicht soll dabei darauf hinwirken, dass ein solcher externer Bewohnerbeirat gegründet wird.

Das sind zwei Punkte, die uns besonders am Herzen liegen. Im Übrigen darf ich auf unsere Stellungnahme verweisen. - Ich bedanke mich.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Keßler. Gibt es Nachfragen? - Kollege Volker Schmidt.

Abg. Schmidt (SPD): Sie haben richtig darauf hingewiesen, dass diese Stellungnahme im Prinzip wortgleich beim ersten Heimgesetz so schon von Ihnen eingebracht wurde. Meine Frage ist: Was veranlasst Sie zu glauben, dass Externe, die nun beim VdK oder wo auch immer tätig sind, Experten sind, was die Fragestellungen eines Heimbetriebes anbelangt?

Frau Keßler: Ich weiß nicht, ob es dabei nun nur um den Heimbetrieb geht. Wir haben ja speziell gesagt, dass es uns um die Bewohnerinnen und Bewohner geht. Und ich glaube, dass es dort mit einem externen Bewohnerbeirat - -

(Abg. Schmidt (SPD): Ich konkretisiere: des Lebens der Bewohner in Heimen.)

Ja gut, mag sein. - Dass Sie jetzt den VdK erwähnen, freut mich. Wir haben ihn nicht erwähnt. Wir haben auch gesagt, es gibt sehr viele andere Vertretungen, die darin tätig sein können. Genauso, wie sich eben bestimmte Bereiche um die Ausbildung der Fachkräfte kümmern und um die Heimbetreiber, sollte es, wie wir meinen, ein externes Gremium geben, das sich mit größtmöglicher Objektivität - vollständige Objektivität ist nicht gewährleistet, die gibt es nie - um diejenigen bemüht, die nicht jemanden haben, der sich um sie kümmert und für sie eintritt. Ich glaube, das ist eine relativ logische Konsequenz aus dem, was ich ausgeführt habe. Warum sollte es nicht so sein? Was spräche dagegen?

(Abg. Schmidt (SPD): Wenn ich es verstehen würde, hätte ich nicht gefragt.)

Was glauben Sie, warum sind das keine Menschen, die in der Lage sind, sich um die Rechte der schutzbedürftigen Bewohnerinnen und Bewohner zu kümmern? Was veranlasst Sie zu diesem Gedanken?

Abg. Schmidt (SPD): Ich habe das ja nicht behauptet. Ich habe nur gefragt, weshalb Sie glauben - Sie wollen das ja verpflichtend machen, mit einem Drittel -, dass Menschen, die von außen kommen, sich besser um die Belange der Bewohnerinnen und Bewohner kümmern können.

Frau Keßler: Dazu sage ich einfach noch einmal: Das schlagen wir vor, um die größtmögliche Objektivität in bestimmten Fällen zu gewährleisten. Wir reden ja auch nur von bestimmten Fällen, nicht im Grundsätzlichen.

Vorsitzender: Gibt es weitere Nachfragen? - Das ist nicht der Fall. Ist jeder, der sich äußern wollte, auch zu Wort gekommen? - Ich darf mich bei Ihnen allen sehr herzlich für Ihre Stellungnahmen bedanken und kann die Anhörung schließen. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag!

(Die Sitzung wird nicht öffentlich fortgeführt.)

Anhang

**Folgende schriftliche Stellungnahmen sind
dem Ausschuss zugegangen.**

zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesheimgesetzes Saarland und weiterer Gesetze

1. VORBEMERKUNGEN

Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Saar (LIGA Saar) hat bereits im Januar 2016 und vorher die Möglichkeit genutzt, um Anmerkungen im Zusammenhang mit der Erstellung des Gesetzestextes zu äußern. Insofern beruhen die nachstehenden Bewertungen des Gesetzesentwurfs ebenfalls auf diesen Änderungsvorschlägen/Hinweisen.

2. DETAILLIERTE BEWERTUNG UND VERÄNDERUNGSVORSCHLÄGE

Im Titel des Gesetzes wurde die Anregung einer Neuformulierung sinngemäß aufgegriffen, so dass sich sowohl pflegebedürftige volljährige Menschen als auch Menschen mit Behinderung darin zuordnen lassen. Eine Betonung der Selbstbestimmung unter Verwendung der aktuellen Bezeichnung („Selbstbestimmtes Wohnen“) fehlt allerdings auch weiterhin.

Es wurde weiterhin eine Konkretisierung des „Einrichtungsbegriffes“ des ambulant betreuten Wohnens vorgenommen. Herauszuheben ist die Festlegung auf eine Wohnform für mindestens sechs Personen, ab der in einer ambulanten Wohngruppe das Gesetz zum Tragen kommt. Somit sind ambulante Unterstützungen in der eigenen Häuslichkeit in den meisten Fällen unberührt.

Die Feststellung der „Unlesbarkeit“, insbesondere im § 16, Abs. 2, Nummer 5, bleibt leider nach wie vor bestehen.

Teilweise wurden im Vergleich zum bisherigen Entwurfstext Begriffsbestimmungen etwas eindeutiger gefasst – die Anregungen der LIGA Saar zur präzisen Definition, wenn Begriffe erstmals auftauchen und zur Verwendung bestehender aktueller Begriffe wie Leistungsberechtigte usw. wurden bedauerlicherweise nicht aufgegriffen.

Die Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses wurde, was ausdrücklich begrüßt wird, konkretisiert (bei Einstellung und regelmäßig = alle vier Jahre).

Der Vorschlag der LIGA Saar, das Beschwerdeverfahren als eigenen Paragraphen zu fassen und nicht als einen Unterpunkt (§ 9a) unter § 9 Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohner aufzuführen, wurde nicht aufgegriffen. Somit bleibt die von uns angesprochene Problematik bei dieser Einordnung bestehen.

Zumindest müsste das Beschwerdeverfahren zukünftig auch in der Mitwirkungsverordnung konsequenterweise aufgeführt werden.

Weiterhin nicht behoben ist die Problematik der Auflagenerteilung in § 17 Erprobungsregelungen bzgl. der wissenschaftlichen Begleitung und der Kostenübernahme. Wie bereits ausgeführt, sollte dies letztlich in einer Vereinbarung zwischen Leistungserbringer und Sozialministerium geregelt werden – und nicht im Heimgesetz. An dieser Stelle wird im Übrigen auch nochmals die unzureichende Begriffsbestimmung von „Träger“ (der Maßnahme, der Leistungserbringung?) und der zuständigen Behörde (Heimaufsicht, Sozialministerium?) deutlich.

3. FAZIT

Der Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Landesheimgesetzes zeigt an mehreren Stellen, dass die Expertise der LIGA Saar in den Text Einzug gefunden hat. Dennoch offenbart der Gesetzesentwurf noch Änderungsbedarf, so dass wir empfehlen, die o. g. Punkte in den Gesetzestext einzuarbeiten.

Saarbrücken, 10. November 2016

KASSENÄRZTLICHE VEREINIGUNG SAARLAND, POSTFACH 101643, 66016 SAARBRÜCKEN

An den
Landtag des Saarlandes
Ausschuss für Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie
z. Hd. Frau Kristina Hort
Franz-Josef-Röder-Straße 7
66119 Saarbrücken

KÖRPERSCHAFT
DES ÖFFENTLICHEN
RECHTS

EUROPAALLEE 7-9
66113 SAARBRÜCKEN

WWW.KVSAARLAND.DE

TELEFON (0681) 99 83 70

TELEFAX: (0681) 99 83 7-750

E-MAIL:

Beratung@kvsaarland.de

IHR ZEICHEN

IHR SCHREIBEN VOM

UNSER ZEICHEN
He

GESPRÄCHSPARTNER
Herr Herian

DATUM
09.11.2016

**Anhörung zum Gesetzentwurf zur Änderung des Landesheimgesetzes Saarland und weiterer Gesetze
(Drucksache 15/1929)**

Sehr geehrte Frau Hort,

gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, uns zu dem Gesetzentwurf zu äußern. Wir freuen uns, dass nun auch nicht selbstorganisierte Wohnformen mit Intensivpflegebedarf der Heimaufsicht unterstellt werden.

Dies löst aber immer noch nicht das Problem, dass solche Wohnformen eine teils fachärztliche Versorgung sichergestellt werden muss.

Eine ähnliche Problematik ergibt sich, wenn Pflegeeinrichtungen im ländlichen Raum errichtet werden, die gegebenenfalls einen spezifischen Versorgungsbedarf abdecken, der ebenso einer spezifisch ärztlichen Versorgung bedarf.

Oft werden wir vor die überraschende Frage gestellt, wie in diesen Einrichtungen die Versorgung sicherzustellen ist.

Wie Ihnen sicher bekannt ist, gibt es im Bereich der spezifisch ärztlichen Versorgung durchaus Engpass-Situationen. Es wäre somit begrüßenswert, wenn bei der Errichtung solcher Einrichtungen immer vor Genehmigung auch die Frage der Sicherstellung der ärztlichen Versorgung erörtert werden würde.

Entsprechende Gremien existieren im Rahmen der Selbstverwaltung von Ärzten und Krankenkassen. Eine vorherige Stellungnahme zur Versorgungssituation vor Einrichtung einer neuen Pflegeeinrichtung halten wir dringend für geboten.

An der Anhörung teilnehmen wird aufgrund anderer terminlicher Verpflichtungen des Unterzeichners Herr Wolfgang Herian, Bereichsleiter Beratung, Verordnung, Projekte.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Joachim Meiser
Vorstand

Stark für
die Pflege



DBfK Südwest e.V. • Eduard-Steinle-Straße 9 • 70619 Stuttgart

Landtag des Saarlandes
Ausschuss für Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie
Tgb.Nr. 1199/16

DBfK Südwest e.V.

Eduard-Steinle-Straße 9
70619 Stuttgart (Sillenbuch)
Telefon: (0711) 475061
Telefax: (0711) 4780239
eMail: suedwest@dbfk.de

Bankverbindung:
BW-Bank
BLZ: 600 501 01
Kto.-Nr.: 2 018 409
IBAN: DE39 6005 0101 0002 0184 09
BIC: SOLADEST600

Steuer-Nr.: 99015/00401

Per E-Mail

k.hort@landtag-saar.de

Stuttgart, 09.11.2016

**Anhörung zum Gesetzentwurf zur Änderung des Landesheimgesetzes
Saarland und weiterer Gesetze (Drucksache 15/1929)**

Sehr geehrter Herr Scharf,

vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf zur Änderung des Landesheimgesetzes und weiterer Gesetze. Wir möchten darauf hinweisen, dass die zeitliche Vorgabe für eine derartige Änderung sehr kurz ist. Eine differenzierte Stellungnahme ist hier kaum möglich. Wir werden uns daher auf einige wesentliche Punkte konzentrieren.

Sie nehmen Bezug auf die Weiterentwicklungen aufgrund der Pflegestärkungsgesetze I und II und leiten daher die Notwendigkeit zur Änderung des Landesheimgesetzes ab. Der DBfK Südwest e.V. ist der Ansicht, dass dieser Gesetzentwurf hier noch deutlichere Maßstäbe hätte setzen können. Im Mai 2016 hat der DBfK ein Positionspapier zur Personalbemessung in der stationären



Baden-Württemberg, Hessen,
Rheinland-Pfalz, Saarland

Mitglied im ICN
- International Council of Nurses -



www.dbfk.de

Altenpflege verfasst¹. Wenn der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff mit dem PSG II spürbar umgesetzt werden soll, muss es zu einer deutlichen Ausweitung von Personalstellen kommen. Ordnungsrecht hat die Möglichkeit, hierfür die Leitplanken zu setzen. Eine Klarstellung seitens des Gesetzgebers, dass einmal eine Fachpersonalquote von mindestens 50% einzuhalten ist und ein Anwesenheitsschlüssel von 1:8 im Tagdienst und 1:30 im Nachdienst, bis zur Entwicklung eines validen Personalbemessungsinstrumentes, die Regel darstellen muss, wird mit der Änderung des Landesheimgesetzes Saarland leider vertan.

Stattdessen finden sich im Gesetz zusätzlich die Einbeziehung der ambulanten Pflegedienste und ein vermeintlicher Patientenschutz durch die Notwendigkeit alle vier Jahre, von allen Pflegefachpersonen ein polizeiliches Führungszeugnis abzuverlangen.

Wir werden im Folgenden zu den einzelnen Normen Stellung beziehen.

Mit freundlichen Grüßen



Andrea Kiefer
Vorsitzende



Uwe Seibel
Geschäftsführer

¹ <https://www.dbfk.de/media/docs/download/DBfK-Positionen/Positionspapier-Personalbemessung-in-stationaerer-Altenpflege-2016-05-30.pdf>

Zu den Normen im Einzelnen

Nr.3) § 1 Anwendungsbereich

Der Geltungsbereich des Gesetzes soll künftig auch die ambulanten Pflegedienste erfassen. Der DBfK Südwest e.V. versperrt sich nicht grundsätzlich gegen Prüfungen, allerdings lehnen wir in diesem Fall die Einbeziehung der ambulanten Pflegedienste ab. Die Kriterien zum Betrieb eines ambulanten Pflegedienstes nach § 1c, die unter Nr. 7f) und Nr. 8 d) angeführt werden, sind weitgehend Kriterien, die zum Betrieb eines ambulanten Pflegedienstes bereits im SGB XI geregelt sind. Außerdem prüft der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK) die Pflegedienste auf Struktur- und Ergebnisqualität ab. Das PSG III sieht weiterhin vor, dass es regelhafte Abrechnungsprüfungen der ambulanten Pflegedienste geben wird. Wir fordern daher eine Herausnahme der ambulanten Pflegedienste aus dem SWBPQG-E.

Nr. 4 § 1b Absatz 3

Absatz 3 definiert ambulant betreute Wohngemeinschaften als Wohnformen für mindestens 6 Menschen. Eine Obergrenze ist nicht vorgesehen. In der Begründung wird von einer Sollgrenze von 12 Personen gesprochen. Wir plädieren dafür, diese Obergrenze in Absatz 3 zu normieren. Bei mehr als 12 Personen kann unseres Erachtens nicht mehr von einer Wohngemeinschaft im üblichen Sinne gesprochen werden. Solche Wohnformen sind dann unter der stationären Pflege nach § 1a einzuordnen.

Nr. 5b) § 2 Absatz 2

Wir begrüßen die Klarstellung, dass die in Absatz 1 genannten Ziele auch der Umsetzung der Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen und des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen dienen.

Nr. 7b) bb) §4 Absatz 2

Der DBfK Südwest e.V. lehnt die vorgesehene Änderung, das Wort „Pflegedienstleitung“ gegen „verantwortliche Pflegefachkraft“ zu ersetzen, ab. Wir begründen diese Ablehnung damit, dass die verantwortliche Pflegefachkraft nach SGB XI eine leistungsrechtliche Vorgabe ist. Die im SGB XI vorgesehene Qualifizierung von 460 Stunden ist bei weitem nicht ausreichend, um den heutigen Anforderungen an eine Pflegedienstleitung zu genügen. Für die Leitung des Pflegedienstes ist eine Ausbildung als Gesundheits- und Krankenpflegerin / Altenpflegerin **und** ein Studium im Pflege- und Gesundheitswesen erforderlich. Bestehende Fachweiterbildungen sind übergangsweise anzuerkennen. Wir möchten an dieser Stelle nochmals ausdrücklich darauf verweisen, dass die Pflegedienstleitung die zentrale Rolle in einer stationären Einrichtung einnimmt. Als Ansprechpartnerin für Bewohner und deren Angehörige und für die Beschäftigten braucht sie umfangreiche Kompetenzen, um dieser Rolle gerecht zu werden.

Nr. 7f) § 4 Absatz 6 (neu)

Wie bereits zu Änderung Nr. 3 aufgeführt, fordern wir die Änderung Nr. 7f) ersatzlos zu streichen.

Nr. 8b)bb) § 5 Absatz 2 Nr. 3 (neu)

Neben den bisherigen verpflichtenden Maßnahmen zum Betrieb einer Einrichtung nach § 1a des SWBPQG-E wird im Absatz 2 eine neue Nr. 3 eingefügt. In dieser wird gefordert, dass *„sich [der Betreiber] von den Beschäftigten bei ihrer Einstellung und ab diesem Zeitpunkt alle vier Jahre ein erweitertes Führungszeugnis nach § 30a des Bundeszentralregistergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung [...] vorlegen lässt[....]“*

In der Begründung führt der Gesetzgeber hierzu aus, dass „damit der Träger feststellen kann, ob die Beschäftigten [...] die erforderliche persönliche und

fachliche Eignung für die von ihnen ausgeübte Funktion und Tätigkeit (noch) besitzen oder nicht.“

Der DBfK Südwest e.V. lehnt diese Regelung ab und fordert die Streichung dieser Passage. Es ist ein Trugschluss, durch Abfrage eines Führungszeugnisses die erforderliche persönliche und fachliche Eignung zu überprüfen. Das Führungszeugnis enthält lediglich Vorstrafen, prüft aber keinesfalls, ob die fachliche Eignung – also z.B. eine kontinuierliche pflegefachliche Fortbildung – gegeben ist. Anhand eines Führungszeugnisses lässt sich auch nicht die persönliche Eignung im Sinne einer ausgeglichenen Empathiefähigkeit und professioneller Distanz feststellen. Allerdings impliziert diese Passage, dass Angehörige von Pflegeberufen kontinuierlich auf Vorstrafen überwacht werden müssen.

Sinnvoller ist die Einführung einer Pflegekammer im Saarland. Durch die verpflichtende Registrierung aller Berufsangehörigen und die Führung eines Fortbildungsregisters ist die notwendige Überwachung gegeben. Ein Verstoß gegen die Berufsordnung kann dann mit einem Berufsverbot geahndet werden. Eine solche Regelung entspräche den einschlägigen Heilberufsgesetzen und Kammerordnungen.

Nr. 8d) § 5 Absatz 4 (neu)

Dieser neue Absatz regelt nun den Betrieb eines ambulanten Pflegedienstes. Der DBfK Südwest e.V. hat bereits einleitend und zu Änderung Nr. 3 hierzu Stellung bezogen. Ergänzend möchten wir für den Fall, dass der Gesetzgeber auf die Einbeziehung der ambulanten Pflegedienste besteht, auf folgende Punkte hinweisen:

1. Der DBfK Südwest e.V. fordert auch in diesem Absatz die Nr. 3 zu streichen mit der gleichen Begründung wie unter Nr. 8b)bb) ausgeführt.

2. In Nr. 9 fordert der Gesetzgeber von den ambulanten Einrichtungen, dass sie angemessene Entgelte verlangen. Problematisch ist, dass die Entgelte in der ambulanten Pflege sich rein auf die verhandelten Leistungskataloge stützen. Zusätzliche Beiträge z.B. für Investitionskosten, lassen sich laut SGB XI nicht erheben. Insofern muss diese Passage gestrichen werden, obwohl der DBfK Südwest e.V. ausdrücklich zu bedenken gibt, dass die Pflegevergütungen in keinem Fall zur Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes ausreichen. Nur kann man dies nicht außerhalb gesetzlich bestehender Regelungen den Pflegediensten im Rahmen des Ordnungsrechtes aufbürden.

Nr. 21) § 17 (1 Nr. 2) in Verbindung mit § 17 (3)

Der DBfK Südwest e.V. sieht die Möglichkeit der Aussetzung einzelner Rechtsverordnungen bzw. einzelner Anforderungen nach diesem Gesetz sehr kritisch. Es kann in der Praxis also durchaus der Fall sein, dass aufgrund eines Modellversuches Personalstandards – in der Verordnung geregelt – abgesenkt werden. Wir haben bereits an mehreren Stellen darauf hingewiesen, dass eine weitere Personalabsenkung und / oder Absenkung der Qualität nicht hinnehmbar ist. Will der Gesetzgeber von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, muss die in Absatz 3 genannte Möglichkeit der wissenschaftlichen Begleitung zu einer „Mussforderung“ umformuliert werden. Wir schlagen daher vor Absatz 3 wie folgt zu fassen:

„Die Befreiung nach Absatz 1 Nummer 2 **ist** an die Auflage gebunden, dass der Träger die Erprobungsphase **pflegewissenschaftlich, und falls dem Modell angemessen, durch andere Bezugswissenschaften**, begleiten und auswerten lässt und den Bericht über die Ergebnisse der Begleitung und Auswertung veröffentlicht.

Artikel 7 Änderung der Verordnung über personelle Anforderungen für Einrichtungen nach dem Landesheimgesetz Saarland

Die Änderungen Nr. 1-7 sind im Wesentlichen rein redaktioneller Natur. Das wird aufgrund der Änderung der Gesetzesbezeichnung notwendig. Der DBfK Südwest e.V. fordert den Gesetzgeber auf, die „**Verordnung über personelle Anforderungen für Einrichtungen nach dem Saarländischen Wohn-, Betreuungs- und Pflegequalitätsgesetz**“ vor allem auch qualitativ zu überdenken. Die aufgeführten Normen zur Qualifikation von Einrichtungsleitung und Pflegedienstleitung entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen. Wir schlagen daher vor weitere Änderungen in Artikel 7 wie folgt aufzunehmen:

Neu Nr. 8) § 3 PersVLHeimGS vom 24. November 2015 Eignung und Beschäftigungsumfang der verantwortlichen Pflegefachkraft

Wir bedauern sehr, dass sich an dieser Stelle das Leistungsrecht durchgesetzt hat. Die darin vorgesehene Qualifizierung von 460 Stunden ist bei weitem nicht ausreichend, um den heutigen Anforderungen an eine Pflegedienstleitung zu genügen. Für die Leitung des Pflegedienstes ist eine Ausbildung als Gesundheits- und Krankenpflegerin / Altenpflegerin **und** ein Studium im Pflege- und Gesundheitswesen erforderlich. Bestehende Fachweiterbildungen sind übergangsweise anzuerkennen. Wir möchten an dieser Stelle nochmals ausdrücklich darauf verweisen, dass die Pflegedienstleitung die zentrale Rolle in einer stationären Einrichtung einnimmt. Als Ansprechpartnerin für Bewohner und deren Angehörige und für die Beschäftigten braucht sie umfangreiche Kompetenzen, die dieser Rolle gerecht werden. Die Hinzunahme von nach Landesrecht anerkannten Heilerziehungspfleger*innen lehnen wir grundsätzlich ab. Diese Berufsgruppe ist nicht auf pflegewissenschaftlicher Basis ausgebildet.

Neu Nr. 9) § 6 (2) PersVLHeimGS vom 24. November 2015 Beschäftigte für
betreuende Tätigkeiten

Wir möchten an dieser Stelle den Gesetzgeber nochmals eindrücklich auf die in unserer Einleitung erwähnte Problematik zur Qualität in der Pflege hinweisen. Eine Quote von 50% Fachkräften – und in der Definition der aktuellen Verordnung ist der Fachkräftebegriff deutlich ausgeweitet – ist nur der absolute Mindeststandard. Es ist daher zu fordern, dass mindestens eine Pflegefachperson für 8 pflegebedürftige Personen im Tagdienst und eine für 30 Pflegepersonen im Nachtdienst anwesend ist. Als Pflegefachpersonen zählen nur Personen, die über eine Zulassung zum Heilberuf nach dem Gesundheits- und Krankenpflegegesetz bzw. dem Altenpflegegesetz verfügen. Eine solche Normierung wäre zumindest bis das fundierte Personalbemessungssystem nach dem PSG II entwickelt ist, zielführend und eine deutliche Verbesserung der Qualität in den Einrichtungen.

Neu Nr. 10) § 7 (2 Nr. 1.) PersVLHeimGS vom 24. November 2015 Fachkräfte

Die Berufsgruppe der Heilerziehungspflegerinnen und Heilerziehungspfleger sind nicht als Fachkräfte in diesem Bereich anzuerkennen. Sie verfügen über eine grundsätzlich andere Ausbildung als die Heilberufe nach dem Gesundheits- und Krankenpflegegesetz und nach dem Altenpflegegesetz.

Stellungnahme

zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesheimgesetzes Saarland („Saarländisches Wohn- und Betreuungs- qualitätsgesetz – SWBG“)

I. Vorbemerkung und grundsätzliche Feststellungen

Bei den Vorbereitungen zur Reform des Landesheimgesetzes Saarland (LHeimGS) wählte das Land einen partizipativen Ansatz mit der Einbeziehung des Sachverständigen unterschiedlicher Akteure aus dem Bereich der Pflege und Betreuung, welcher konkret durch die Gründung einer „**Expertengruppe LHeimGS**“ umgesetzt werden sollte. Die Saarländische Pflegegesellschaft (SPG) als Vertretung aller Stationären, Teilstationären sowie Ambulanten Pflegeeinrichtungen im Saarland hat nach der konstituierenden Sitzung am 12. März 2014 ihre Erfahrungen und ihren Sachverstand in die „Expertengruppe LHeimGS“ eingebracht und sich nach der letzten Sitzung der Expertengruppe vom 17. Dezember 2015 mit Datum vom 1. Februar 2016 zum Entwurf des „Saarländischen Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetzes (SWBG)“ in der damals vorliegenden Fassung positioniert. In diesem Zusammenhang haben wir unsere Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht, dass der Gesetzentwurf wesentliche Inhalte umfasste, welche niemals Gegenstand der Diskussion in den Sitzungen der „Expertengruppe LHeimGS“ waren und welche zum Teil auch im Widerspruch zu den von Prof. KLIE in der Fachtagung vom 18. September 2014 vorgeschlagenen Ansätzen standen.

Bereits in unserer Stellungnahme vom 23. Mai 2014 haben wir die grundsätzliche Einschätzung der SPG dargelegt, wonach sich das am 19. Juni 2009 in Kraft getretene LHeimGS aus Sicht der Vollstationären Einrichtungen weitgehend bewährt hat; seitens der von den Mitgliedsverbänden der SPG vertretenen Einrichtungen und Träger wurden keine signifikanten Probleme bei der Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen rückgemeldet. Mit gleichem Schreiben haben wir die aus unserer Sicht bestehende Notwendigkeit verdeutlicht, bei der angekündigten Reform des Landesheimgesetzes eine **klare Zieldefinition** zugrunde zu legen: So muss nach unserer Einschätzung die Beurteilung möglicher Neuregelungen vor dem Hintergrund erfolgen, dass das Ziel des **Bewohnerschutzes** sowie der **Gefahrenabwehr** im Vordergrund eines zukunftsorientierten

Landesheimgesetzes stehen muss; dies erfordert auch eine klare Strukturierung sowie **Transparenz** darüber, welche Regelungen für welche Einrichtungsformen Gültigkeit haben.

Der aktuell vorliegende Entwurf eines SWBG **erweitert den Anwendungsbereich** auf Einrichtungsformen, welche nicht unter das bisherigen LHeimGS fallen. Die Frage, ob bzw. inwiefern bei diesen neu einbezogenen Einrichtungsformen ein besonderes Schutzbedürfnis der Nutzer zu erkennen ist, welches eine Ausweitung des Ordnungsrechts begründet, ist nach unserer Einschätzung in der bisherigen Diskussion nicht eindeutig beantwortet.

Positiv aus unserer Sicht ist zu würdigen, dass einige unserer mit Schreiben vom 1. Februar 2016 mitgeteilten Anregungen und Vorschläge im aktuellen Gesetzentwurf aufgegriffen wurden.

II. Anmerkung zu einzelnen Paragraphen

1. § 1a: „Stationäre Einrichtungen“

Die in § 1a Abs. 3 vorgesehene Einbeziehung der Teilstationären Einrichtungen in das SWBG ist unter dem Aspekt des Schutzbedürfnisses der Betroffenen **nicht nachvollziehbar**: Wir können bei Gästen von Tagespflegeeinrichtungen, welche in der Regel nur wenige Tage in der Woche – oftmals auch nur wenige Stunden – in einer Tagespflegeeinrichtung verbringen, kein besonderes Schutzbedürfnis erkennen, welches über die vom MDK/SMD durchgeführten Prüfungen hinaus eine zusätzliche Prüfung durch die Heimaufsicht erforderlich macht. Eben so wenig sehen wir bei Gästen von Kurzzeitpflegeeinrichtungen und Patienten von Hospizen im Sinne des § 1a Abs. 2 SWBG-E ein besonderes Schutzbedürfnis.

Dies gilt um so mehr, als in den benannten Einrichtungsformen auch die von Prof. KLIE betonte zivilgesellschaftliche Kontrolle durch Angehörige und Ehrenamtliche besonders ausgeprägt ist. Hier sollte die häusliche und nicht die institutionelle Komponente der Versorgung im Vordergrund stehen. Eine Regelungskompetenz für die zuständige Behörde sollte daher in diesen Fällen im Sinne der Verhältnismäßigkeit **nur bei konkreten Beschwerden oder Anlässen** gegeben sein.

2. § 1b: „Einrichtungen des ambulant betreuten Wohnens“

Die Beurteilung der geplanten Einbeziehung **ambulant betreuter Wohnformen** erfordert eine differenzierte Betrachtung: Die SPG unterstützt grundsätzlich die Absicht, Umgehungstatbestände durch das Heimgesetz in Form von „grauen Heimen“ zu verhindern; gleichzeitig sehen wir jedoch auch die Notwendigkeit, **flexible Regelungen** für selbst bestimmte ambulante Wohnformen zu ermöglichen.

Die vom Land gewählte Abgrenzung des „selbst organisierten ambulant betreuten Wohnens“ von anderen betreuten Wohnformen durch das Kriterium der **freien Wählbarkeit** der Betreuungs- und Pflegeleistungen ist nach unserer Einschätzung zur Definition eines möglichen Abhängigkeitsverhältnisses der Bewohner vom Träger durchaus **geeignet**. Es bleibt abzuwarten, ob bzw. inwieweit die in der Gesetzesbegründung vorgeschlagene Festbeschreibung konkreter Regelungen darüber, wann die Wahlfreiheit der Bewohner gegeben ist und wann nicht, sich als praxistauglich erweist.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass unsere Anregung, wonach eine fehlende strukturelle Abhängigkeit dann angenommen wird, wenn sich alle Bewohner/innen einer ambulant betreuten Wohngruppe **einvernehmlich** für den selben Ambulanten Dienst entscheiden, aufgegriffen wurde. Weiterhin begrüßen wir es, dass sich unser Vorschlag hinsichtlich der Regelung des § 1b Abs. 3 Nr. 3, wonach die Möglichkeit geschaffen werden sollte, dass Ambulante Dienste auch **Anstellungsträger für die Präsenzkraft** im Sinne des § 38a Abs. 1 Nr. 3 SGB XI sein können, im vorliegenden Gesetzentwurf wieder findet. Zum besseren Verständnis empfehlen wir jedoch eine eindeutige Formulierung wie folgt: *„Alternativ kann der Ambulante Dienst Anstellungsträger der Präsenzkraft sein.“*

Darüber hinaus ist die Forderung, wonach die Büroräume eines in Anspruch genommenen Ambulanten Pflegedienstes nicht „in enger räumlicher Verbindung“ mit der Wohnform stehen dürfen, nicht eindeutig. Wenn beispielsweise auf demselben Grundstück mehrere Einrichtungen wie Tagespflege und Ambulanter Dienst betrieben werden, die Bewohner jedoch in der Wählbarkeit des Pflegedienstes nicht eingeschränkt sind, ist eine dahingehende Einschränkung aufgrund einer räumlichen Nähe zum Pflegedienst aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar.

3. § 1c: „Ambulante Pflegedienste“

Bereits mit unserer Positionierung vom 1. Februar 2016 sowie vom 4. August 2016 haben wir die grundsätzlichen Bedenken der SPG hinsichtlich der Sinnhaftigkeit bzw. Notwendigkeit einer Einbeziehung Ambulanter Dienste in den Anwendungsbereich des SWBG geäußert. Nicht zuletzt mit Verweis auf den Bericht des Saarländischen Pflegebeauftragten, welcher für diesen Bereich so gut wie keine Beschwerden oder Probleme aufweist sowie vor dem Hintergrund der Prüfkompetenzen von MDK/SMD sehen wir **keine Notwendigkeit für Regelprüfungen** durch eine weitere Prüfbehörde.

Eine Regelungskompetenz für die zuständige Behörde **bei konkreten Beschwerden oder Anlässen** wird von der SPG mitgetragen; zur Vermeidung überflüssiger Bürokratie und dabei insbesondere zur Vermeidung von Doppelprüfungen sehen wir jedoch die dringende Notwendigkeit **einer trennscharfen Abgrenzung der Prüffelder** von MDK/SMD einerseits und zuständiger Landesbehörde andererseits. Es bleibt abzuwarten, ob bzw. inwieweit die Regelung des § 11 Abs. 13, wonach die Überwachung der Büroräume Ambulanter Pflegedienste „im Einvernehmen mit den Landesverbänden der Pflegekassen, dem Verband der Privaten Krankenversicherungen, den Prüfdiensten oder dem Prüfdienst des Verbandes der Privaten Krankenversicherung e.V. durch Überprüfung der Strukturqualität anlassbezogen“ durchgeführt werden soll, sich in der Praxis als tauglich erweisen wird.

4. § 4: „Anzeigepflichten“

Die SPG begrüßt grundsätzlich die Intention des Ministeriums, durch die in § 4 geregelten Pflichten zum **Nachweis der Qualifikation der Leitungskräfte** zu verhindern, dass objektiv ungeeignete Pflegekräfte die Leitung einer Pflegeeinrichtung übernehmen. Die in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen zeigen jedoch, dass es darüber hinausgehender Regelungen bedarf, durch welche verhindert werden kann, dass objektiv ungeeignete Pflegekräfte – sowohl im operativen Bereich als auch in Leitungsfunktionen – beschäftigt werden.

5. § 5: „Qualitätsanforderungen an die Betriebe“

- (1) § 5 Abs. 1 Ziffer 8 SWBG-E in der Fassung vom 17. Dezember 2015 enthielt auch für Teilstationäre Pflegeeinrichtungen die Forderung, dass der Nachweis erbracht werden muss, dass der **Medikamentengabe** eine ärztliche Anordnung zugrunde liegt und diese nach Aufforderung vorzuzeigen ist. In unserer Positionierung vom 1. Februar 2016 haben wir dargelegt, dass die Gäste der Tagespflegeeinrichtungen ihre Medikamente in der Regel von zu Hause mitbringen und insofern eine Überprüfung auf die Korrektheit der bereits gerichteten Medikamente durch die Pflegefachkraft in den Einrichtungen der Tagespflege nicht möglich ist. Der vorliegende Gesetzentwurf nimmt die Einrichtungen der Tagespflege von dieser Verpflichtung aus; wir begrüßen es, dass unsere fachliche Anregung aufgegriffen wurde.
- (2) In unserer Positionierung vom 1. Februar 2016 haben wir angeregt, die Pflicht zur Vorlage des **erweiterten Führungszeugnisses** anstelle der in Abs. 2 Ziffer 3 vorgesehenen „regelmäßigen Abständen“ auf die Fälle von „nach der Einstellung auftretenden **berechtigten Zweifeln** an der persönlichen Eignung“ zu begrenzen. Sollte dies nicht konsensfähig sein, haben wir angeregt, zumindest den unbestimmten Rechtsbegriff „in regelmäßigen Abständen“ zu konkretisieren. Der nunmehr vorliegende Gesetzentwurf konkretisiert die Vorlagepflicht in Anlehnung an die einschlägige Kommentierung auf ein Intervall von **vier Jahren** kann insofern von uns mitgetragen werden.

Die in § 5 Abs. 4 SWBG-E genannten Zulassungsvoraussetzungen stimmen nicht in allen Punkten mit den Regelungen des saarländischen Rahmenvertrages gemäß § 75 SGB XI für die Leistungen der Häuslichen Pflege gemäß § 36 SGB XI bzw. gemäß § 132a SGB V über die Leistungen der Häuslichen Krankenpflege gemäß § 37 SGB V überein. Wenngleich es zu begrüßen ist, dass die ursprünglich im Gesetzentwurf enthaltene Pflicht zum Nachweis der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im aktuellen Gesetzentwurf nicht mehr enthalten ist, so halten wir insbesondere die in Ziffer 8 formulierte Forderung nach „**angemessenen Entgelten**“ als Zulassungsvoraussetzung für Ambulante Dienste für nicht systemkonform: Die Vergütungen gemäß § 36 i.V.m. § 39 SGB XI sowie gemäß § 37 SGB V werden mit den Pflege- bzw. Krankenkassen verhandelt und vereinbart und gelten insofern als wirtschaftlich und angemessen.

6. § 6: „Informationspflichten der Träger“

Bereits in den vorangegangenen Sitzungen der Expertengruppe haben die Vertreter der SPG auf die Möglichkeit hingewiesen, zur Erfüllung der in § 6 vorgesehenen Informationspflichten durch die Träger **Qualitätsberichte** auf der seit dem Jahr 2008 betriebenen **Internetplattform „FQB“** zu veröffentlichen.

7. § 9a: „Beschwerdeverfahren“

Gemäß § 112 SGB XI sind Pflegeeinrichtungen gemäß § 71 SGB XI dazu verpflichtet, „Maßnahmen der Qualitätssicherung sowie ein Qualitätsmanagement nach Maßgabe der Vereinbarungen nach § 113 durchzuführen“; hierzu gehört auch ein **Beschwerdemanagement**. Es ist zu hinterfragen, ob detaillierte Vorgaben hinsichtlich der Ausgestaltung des Beschwerdemanagements zwingend erforderlich sind oder ob hier in die Gestaltungsrechte der Einrichtungen und Dienste unverhältnismäßig eingegriffen wird.

8. § 11: „Überwachung“

Hinsichtlich der in Abs. 13 vorgesehenen Berechtigung der Heimaufsicht, künftig die **Büroräume der Ambulanten Dienste** zu überprüfen, ist zu hinterfragen, inwieweit dies einen Beitrag zum Schutz der Pflegebedürftigen leisten kann. Dies gilt umso mehr, als die in der Sitzung der Expertengruppe vom 17. Dezember 2015 seitens des Ministeriums genannten Fälle unerlaubter Medikamentenaufbewahrung in den Büroräumen Ambulanter Dienste als Straftatbestände bereits strafrechtlich sanktioniert sind.

Saarbrücken, den 10. November 2016

Anhörung zum Gesetzentwurf zur Änderung des „Landesheimgesetzes Saarland und weiterer Gesetze“ (Landesheimgesetz Saarland – LHeimGS)

Position Landesverband der Lebenshilfe Saarland e.V.

Grundsätzliches

Der Gesetzesentwurf zur Änderung des „Landesgesetzes Saarland und weiterer Gesetze“ (im weiteren Text LHeimGS genannt) hat in seiner Struktur eine ordnungsrechtliche Grundlage. Die Lebenshilfe erkennt nicht, dass durch Skandale in Pflegeeinrichtungen ein heimaufsichtsrechtliches Instrument zur Verbesserung der Eingriffsmöglichkeiten für die Heimaufsicht notwendig erscheint. Dies darf aber nicht dazu führen alle Einrichtungsträger unter Generalverdacht zu stellen und die Heimaufsicht auch auf den persönlichen Lebensraum von Menschen mit Behinderung auszudehnen. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass im Gegensatz zu Einrichtungen der Pflege, Einrichtungen der Behindertenhilfe fast ausschließlich in gemeinnütziger Trägerschaft betrieben werden. Da die Einrichtungen der Eingliederungshilfe nicht vorrangig auf die Erzielung von Gewinnabschöpfung ausgerichtet sind, ist die Gefahr des Missbrauchs nicht sonderlich ausgeprägt.

Leider wird im Gesetzentwurf keine Rücksicht auf die unterschiedlichen Interessen, Gestaltungen und Bedürfnisse der Anwendungsbereiche (Menschen mit Pflegebedarf und Menschen mit Behinderung) genommen. Die allgemeine Ausgangslage ist schon auf Grund der Verweildauer und der Zielsetzung in den unterschiedlichen Bereichen differenziert zu betrachten, die sodann auch eine besondere Berücksichtigung in der Gesetzgebung erforderlich macht. Menschen mit Behinderung sind in der Regel wesentlich länger in Einrichtungen der Behindertenhilfe beheimatet, als Menschen mit Pflegebedarf in Einrichtungen der Pflege. In Einrichtungen der Behindertenhilfe werden neben den Leistungen nach dem SGB XII auch ergänzende Leistungen der Pflege erbracht. Für Menschen mit Behinderung liegt der Schwerpunkt in den Einrichtungen aber auf dem Aspekt der dauerhaften Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Diesem Aspekt muss in einem Gesetz besondere Bedeutung beigemessen werden.

Aus Sicht der Lebenshilfe greifen die im Gesetzesentwurf vorgesehen gesetzlichen Regelungen unverhältnismäßig in die Persönlichkeits- und Gestaltungsrechte von Menschen mit Behinderung ein. Insbesondere der Teil des Entwurfs, der sich mit der Einbeziehung der ambulanten Einrichtungen in die staatliche Aufsicht befasst, schränkt die Rechte zur eigenverantwortlichen Lebensgestaltung von Menschen mit Behinderung ein. Auf diesen

Sachverhalt wird nachfolgend noch näher eingegangen. Sofern durch den Entwurf eine Verbesserung der Eingriffsmöglichkeiten für die Heimaufsicht geschaffen werden soll, ist dies für die Behindertenhilfe zu weit gegriffen und in der Sache nicht nachvollziehbar. Durch den saarländischen Rahmenvertrag und die sich daraus ergebenden Vertragsfolgen der Leistungs-Entgelt und Prüfungsvereinbarung, die ausschließlich mit dem Sozialministerium abgeschlossen werden, haben der Kostenträger und damit die Heimaufsicht ein mehr als ausreichendes Eingriffsinstrumentarium.

Im Gesetzentwurf muss auf eine stärkere Differenzierung der Bereiche Pflege und Behinderung geachtet werden, damit den unterschiedlichen Adressaten entsprochen wird. Aus Sicht der Behindertenhilfe sollte die Novellierung, wegen den vorgesehenen gesetzlichen Änderungen des Bundesteilhabegesetzes, zum jetzigen Zeitpunkt nicht umgesetzt werden. Die Leistungen für Menschen mit Behinderung werden überwiegend im Rahmen der Eingliederungshilfe und in Zukunft im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes erbracht. Das Bundesteilhabegesetz soll zum 1.1.2017 in Kraft treten. Eine Novellierung des Heimgesetzes macht deshalb aus Sicht der Behindertenhilfe zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn. Da das Bundesteilhabegesetz einen Paradigmenwechsel zur Personenbezogenen Hilfe vollzieht, muss dieser Aspekt in einem neuen Gesetz besonders berücksichtigt werden. Für den Bereich der Behindertenhilfe muss diesem Paradigmenwechsel bei der Novellierung des Heimgesetzes besonders Rechnung getragen werden. Wir regen deshalb an die Novellierung zunächst in das Jahr 2017 zu verschieben. Ungeachtet dessen führen wir inhaltlich weiter wie folgt aus:

Die allgemeine Einbeziehung der ambulanten Angebote in das SBWG führt zu einem unverhältnismäßigen Eingriff in die Selbstbestimmungs- und Gestaltungsrechte von Menschen mit Behinderung. Dieser Eingriff in die Persönlichkeitsrechte von Menschen mit Behinderung steht im klaren Gegensatz zu den Zielen der UN-Behindertenrechtskonvention mit dem Ziel der Inklusion.

Stationäre Einrichtungen

Die im Gesetzesentwurf vorgesehenen Regelungen für die stationären Einrichtungen sind aus Sicht der Behindertenhilfe grundsätzlich nicht zu beanstanden. Deshalb wird auch für diesen Bereich keine detaillierte Bewertung vorgenommen. Dem Aspekt der Schwellenfreiheit (Barrierefreiheit) sollte im Gesetzesentwurf allerdings stärker Rechnung getragen werden. Dem Tenor des Entwurfs kann aus Sicht der Lebenshilfe grundsätzlich gefolgt werden.

Ambulante Einrichtungen

Die Einbeziehung der ambulanten Einrichtungen in den Gesetzesentwurf wird aus Sicht der Behindertenhilfe kritisch gesehen und darf so für die Behindertenhilfe nicht zur Anwendung kommen. Ambulante Wohnformen werden im Entwurf als Einrichtungen definiert. Die

Einbeziehung dieser Wohnformen in die Heimaufsicht schränkt, wie bereits im grundsätzlichen Teil ausgeführt, die Selbstbestimmungs- Persönlichkeits- und Gestaltungsrecht der Menschen mit Behinderung in unverhältnismäßiger Weise ein. Durch die im Gesetzentwurf vorgesehen Regelungen (§ 1b - Einrichtungen des ambulant betreuten Wohnens) wird in vielen Fällen die im Saarland angebotene Form des „Selbstbestimmten Wohnens“ unter Heimaufsicht gestellt.

Da viele Menschen mit Behinderung, die im Rahmen des „Selbstbestimmten Wohnens“ Leistungen der Eingliederungshilfe in Anspruch nehmen, persönliche Assistenz oder unterstützende Hilfe und eine Bereitstellung des Wohnraums brauchen wäre nach § 1b des Gesetzentwurfs die Zuständigkeit der Heimaufsicht ausgelöst. Gerade bei den sogenannten ambulanten Einrichtungen kommt es zu einer Begriffsunschärfe zwischen den Pflegeeinrichtungen und den Angeboten der Behindertenhilfe. Besonders bei den ambulanten Angeboten müssen differenzierte Betrachtungen angestellt werden. Wenn für die sogenannten ambulanten Einrichtungen der Behindertenhilfe eine gesetzliche Regelung erfolgen sollte, müssten die Unterschiedlichkeit der jeweiligen Bereiche in speziellen Regelungen und Begrifflichkeiten für die Pflege und die Behindertenhilfe differenziert werden. Leider werden durch die Regelungen im § 1b des Gesetzentwurfs viele ambulante Angebote unter die Zuständigkeit der Heimaufsicht gestellt. Persönlich gewählte Lebensformen der Menschen mit Behinderung werden damit zu Einrichtungen gemacht.

In der Form des „Selbstbestimmten Wohnens“ leben Menschen mit Behinderung, die ihren Lebensalltag und die Lebensgestaltung weitgehend selbst bestimmen, dies auch dann wenn diese Menschen unter rechtlicher Betreuung stehen. Es besteht die Gefahr, dass diese Selbstgestaltungsmöglichkeit durch die vorgesehene gesetzliche Regelung eingeschränkt wird. Hier greift der Staat unverhältnismäßig in die persönliche Lebenswelt von Menschen mit Behinderung ein.

Die Eingliederungshilfeleistung wird durch das Land als Träger der Eingliederungshilfe finanziert und die Leistungserbringer der freien Wohlfahrtspflege erbracht. Die Träger sind durch Leistungs-, Prüfungs- und Entgeltvereinbarung verpflichtet die Menschen mit Behinderung bei der Lebensgestaltung zu unterstützen. Im § 1 b Absatz 1 wird definiert welche ambulant betreuten Wohnformen als Einrichtungen des ambulant betreuten Wohnens gelten.

Die Form des „Selbstbestimmten Wohnens“ wird in der Regel durch die Kombination der Wohnraumüberlassung und der Betreuungs- und Pflegeleistung in der Zuständigkeit eines Trägers angeboten. Da Wohnraumüberlassung und die Betreuungs- und Pflegeleistung nicht unabhängig in Anspruch genommen werden können, bestünde nach dem Gesetzentwurf eine Definition als Einrichtung, welche unter die Zuständigkeit der Heimaufsicht fällt. Eine Umfrage bei den Lebenshilfeträgern im Saarland, welche Teilhabeleistungen in Form des



„Selbstbestimmten Wohnens“ anbieten, hat ergeben, dass etwa 80 % der Angebote in strukturellen Abhängigkeit (Angebot der Wohnraumüberlassung und der Betreuungs- und Pflegeleistung) angeboten werden, da es an entsprechendem Wohnraum mangelt oder Vermieter nicht bereit sind, unmittelbar an Menschen mit Beeinträchtigung zu vermieten. Damit stünden mit in Kraft treten des Gesetzes ca. 300 Fälle des „Selbstbestimmten Wohnens“ (Fallzahlen in der Betreuung der Lebenshilfeträger) unter Heimaufsicht.

Wir sehen dadurch das Angebot und die Weiterentwicklung des „Selbstbestimmten Wohnens“ gefährdet. Da dieses Angebot von dem partnerschaftlichen Zusammenwirken von Leistungsempfänger und Leistungserbringer getragen wird, setzt es in hohem Maße Vertrauen voraus. Das „Selbstbestimmte Wohnen“ bietet Menschen mit Behinderung die Möglichkeit, außerhalb von Einrichtungen selbständig zu leben. Diese Form hat sich in der Vergangenheit bewährt und uns sind keine Fälle von Missbrauch bekannt.

Das Selbstbestimmungsrecht von Menschen mit Behinderung darf durch heimaufsichtsrechtliche Regelungen nicht eingeschränkt werden.

Die Consens Studie prognostiziert bis 2025 einen erheblichen Bedarf an Angeboten des „Selbstbestimmten Wohnen“. Es ist zu befürchten, dass dieser Bedarf nicht gedeckt werden kann, wenn dieser Bereich unter Heimaufsicht gestellt wird.

In der Praxis kommt es beim „Selbstbestimmten Wohnen“ in Einzelfällen zu Problemen mit dem sozialen Umfeld. Durch die Unterstützungsleistung der freien Träger (Leistungserbringer) kann dieser komplizierte Prozess der Akzeptanz in den jeweiligen Wohnquartieren positiv gestaltet werden.

Beim „Selbstbestimmten Wohnen“ haben Kostenträger und Leistungserbringer bei Unregelmäßigkeiten kaum Sanktionsinstrumente gegen die Menschen mit Behinderung. Gegen wen sollten sich Eingriffsmaßnahmen der Heimaufsicht richten. Die Erbringung von Leistungen des „selbstbestimmten Wohnens“ sind in den Leistungstypen A2 und A6 umfassend geregelt. Die Angebote werden durch qualifizierte Fachkräfte erbracht. Der Kostenträger hätte bei Unregelmäßigkeiten jederzeit die Möglichkeit die Leistung einzuschränken, zu verändern oder zu beenden.

Gerade die Erbringung der Leistungen des „Selbstbestimmten Wohnens“ setzt ein hohes Maß an Vertrauen zwischen dem Leistungsbezieher, dem Leistungserbringer und dem Kostenträger voraus. Dieses Vertrauen sollte durch Misstrauen gegenüber dem Leistungsträger und dem Menschen mit Behinderung nicht gefährdet werden.

Wir treten klar dafür ein, Menschen mit Behinderung das Wohnen in der eigenen Häuslichkeit so lange als möglich zu erhalten. Dies auch, wenn es im Einzelfall zu Konflikten mit dem Umfeld und den leistungserbringenden Personen kommt. Die Kostenträger sind hier in einer



besonderen Verantwortung gegenüber den Menschen mit Behinderung und dem eingesetzten Fachpersonal.

Im § 1b Absatz 3 werden ambulant betreute Wohngemeinschaften in den mindestens 6 Menschen leben unter Heimaufsicht gestellt. Diese Regelung wird grundsätzlich nicht beanstandet. Ob die Bemessungsgröße sinnvoll gewählt ist kann für die Behinderteneinrichtungen nicht abschließend beurteilt werden.

Sollten die ambulanten Einrichtungen, wie im Gesetzesentwurf vorgesehen, unter die Heimaufsicht fallen, wird mit einem erhöhten Verwaltungsaufwand für die Heimaufsicht, die Leistungserbringer und die Kostenträger zu rechnen sein.

Für den Landesverband der Lebenshilfe Saarland

Bernhard Müller
Landesvorsitzender

Stellungnahme des Sozialverbands VdK Saarland e.V.

Zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landes-
heimgesetzes Saarland und weiterer Gesetze

Saarbrücken, den 10. November 2016

Zu den Zielen des Gesetzentwurfs und den Maßnahmen ihrer Umsetzung

Als Verband, der sich als Interessenvertretung pflegebedürftiger und behinderter Menschen versteht, bedanken wir uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesheimgesetzes Saarland.

Ziel des Entwurfs ist es, das bisherige Landesheimgesetz weiterzuentwickeln und den Anwendungsbereich des novellierten Gesetzes auf die Tages- und Nachtpflege und auf ambulante Pflegedienste auszuweiten sowie alternative Wohnformen in den Fokus zu rücken.

Wir begrüßen, dass dieser Entwurf die Interessen und Bedürfnisse volljähriger Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf und volljähriger Menschen mit Behinderung weiterhin im Mittelpunkt belässt. Hierbei werden u.a. über die Definition des ambulant betreuten Wohnens und der ambulant betreuten Wohneinrichtungen sowie die Erweiterung des Anwendungsbereiches die konsequente Ermöglichung neuer Wohnformen ermöglicht und der Verbraucherschutz gestärkt.

Der Sozialverband VdK Saarland e.V. unterstützt die Ziele des Gesetzentwurfes, sieht jedoch insbesondere bei den §§ 2, 5 und 10 Ergänzungsbedarf. So sind aus unserer Sicht die Wohnformen ambulant betreuten Wohnens auch bei der Sicherung von Qualitätsstandards mit zu berücksichtigen und die Anforderungen an den Betrieb (§ 5) um das Erfordernis der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Betreibers zu ergänzen. Ebenfalls muss in dieser Vorschrift deutlich werden, wann eine mangende Zuverlässigkeit angenommen werden muss. Zuletzt liegt uns eine deutliche Ausweitung der Mitwirkungsvorschriften am Herzen, die der besonderen Schutzbedürftigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner in den verschiedenen Wohnformen Rechnung trägt.

Detaillierte Bewertung mit Vorschlägen



Hinweis: Solange nicht anders erwähnt ist, fallen unter den Begriff Menschen mit Behinderungen geistig, körper- und seelisch behinderte Menschen. Bei den einzelnen Paragraphen und ihren Absätzen wird zum besseren Verständnis der jeweilige Obertitel aus dem Gesetz genannt. Wir gehen davon aus, dass die Begriffe, wo notwendig, geändert werden.

Anwendungsbereich (§ 1 SWBQ - E)

Wir begrüßen den weiten Anwendungsbereich des Gesetzes, der die Weiterentwicklung innovativer Wohnformen stärkt und nun in § 1a, § 1b und § 1c die Definitionen einer stationären Einrichtung, des ambulant betreuten Wohnens, der ambulant betreuten Wohngemeinschaften sowie der ambulanten Pflegedienste verankert. Damit werden Menschen mit Behinderungen und ältere, pflegebedürftige Personen, die nicht das Maß an Selbstständigkeit mit- und aufbringen, in den unterschiedlichen Wohnformen ohne jedwede Unterstützung in eigener Verantwortung zu leben, vom Schutzbereich dieses Gesetzes erfasst. Begrüßt wird ebenfalls die Aufnahme der ambulanten Pflegedienste in den Anwendungsbereich des zukünftigen SWBQG, insbesondere da mögliche Überschneidungen mit Prüfungsgängen fachlicher Art durch weiterer Prüfdienste

nunmehr ausgeschlossen und die Prüfmöglichkeiten zugunsten des schutzbedürftigen Personenkreises gleichzeitig erweitert werden.

Zweck des Gesetzes (§ 2 SWBQ - E)

Wir begrüßen ausdrücklich, dass im Vergleich zum Vorentwurf nunmehr in § 2 Absatz 1 Nummer 3 auch Wohnformen des ambulant betreuten Wohnens aufgenommen sind.

Allerdings muss auch in § 2 (1) Nr. 5 und in § 2 (1) Nr. 6 E SWBQG der Personenkreis von Wohnformen des ambulant betreuten Wohnens (§ 1b E SWBQG) aufgenommen werden. Die Sicherung einer nach dem allgemeinen anerkannten Standard der fachlichen Erkenntnisse entsprechenden Qualität des Wohnens, der Betreuung und Pflege sollte auch für Wohnformen des ambulant betreuten Wohnens gelten; desgleichen sollten diese Wohnformen durch Beratung unterstützt werden.

Wir begrüßen sehr, dass nunmehr – entsprechend unserer Forderung aus dem Jahre 2008 – in § 2 (2) des Gesetzentwurfs ausdrücklich auf die Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen Bezug genommen wird, denn damit ist nicht nur ein konsequenter Beitrag zur Umsetzung der Verbesserung der Lebenssituation älterer, pflegebedürftiger und Menschen mit Behinderungen gegeben, vielmehr ist es der notwendige Schritt, um alle in § 2 (1) aufgeführten Schutz- und Förderungszwecke gelebte Wirklichkeit werden zu lassen. Auch die Bezugnahme auf das Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte der Menschen mit Behinderungen wird ausdrücklich begrüßt.

Qualitätsanforderungen an den Betrieb (§ 5 SWBQ - E)

Wir begrüßen zunächst die zukünftig gesetzlich niedergelegte Forderung nach polizeilichen Führungszeugnissen und die Anforderungen an die persönliche und fachliche Eignung der Beschäftigten.

Doch im Hinblick auf das gerade in dieser Vorschrift präsente Spannungsfeld zwischen den schutzbedürftigen Werten und hieraus resultierenden Rechten der Bewohnerinnen und Bewohner einer Einrichtung nach § 1a und § 1b bzw. des von ambulanten Pflegediensten betreuten Personenkreises einerseits, der Gewerbe- und Berufsfreiheit der Einrichtungsbetriebe andererseits fordern wir, die Voraussetzungen an den Betrieb einer Einrichtung in § 5 (2) Nr. 1, § 5 (3) und § 5 (4) Nr. 1 E SWBQG wie folgt zu ergänzen:

Eine Einrichtung (§ 5 (2) Nr. 1) / Eine Einrichtung (§ 5 (3)) / Ein ambulanter Pflegedienst (§ 5 (4) Nr. 1) darf nur betrieben werden, wenn der Träger die notwendige Zuverlässigkeit zum Betrieb der Einrichtung besitzt, wozu auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowie die dauerhafte Sicherung der Pflege und Versorgung der hilfsbedürftigen Bewohnerinnen und Bewohner gehört. Für diese Sicherung ist der jeweilige aktuelle, wissenschaftlich anerkannte medizinische bzw. medizinisch-pflegerische Stand zugrunde zu legen; existieren Expertenstandards zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität in der Pflege, sind diese maßgebend.

Als unzuverlässig ist insbesondere anzusehen, wer nach dem Gesamteindruck seines Verhaltens zu der Vermutung Anlass bietet, seinen beruflichen Pflichten beim Betrieb einer in § 1 dieses Gesetzes

genannten Wohn- und Betreuungsform in Zukunft nicht zu genügen. In diesen Fällen ist der Betrieb einer Einrichtung gem. § 15 zu untersagen.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist ein wesentlicher Faktor, über die Zuverlässigkeit des Betreibers zu entscheiden. Wir regen daher an, diese Formulierung, die auch bereits § 11 (2) Nr. 1 HeimG zum Inhalt hatte, zu übernehmen, um hiermit den Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner zusätzlich zu stärken, im Grunde zu vervollständigen.

Ebenfalls für die Frage der Zuverlässigkeit von Bedeutung ist die Kompetenz, Pflege und Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner dauerhaft zu sichern. Die Bezugnahme auf den jeweiligen aktuellen, wissenschaftlich anerkannten medizinischen bzw. medizinisch-pflegerischen Stand ist notwendig, um die Einhaltung von Mindeststandards in allen Einrichtungen zu sichern. Die Bezugnahme auf Expertenstandards zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität in der Pflege trägt dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz Rechnung, speziell § 71 (zu § 113 a SGB XI).

Die erhöhte Schutzbedürftigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner einer Einrichtung führt dazu, dass eine Ergänzung der Vorschrift dahingehend vorgenommen werden muss, dass ihr zu entnehmen ist, wann eine Einrichtung als unzuverlässig zu gelten hat. Der Maßstab, der an die Prüfung der Zuverlässigkeit eines Betriebes anzulegen ist, muss strenger sein als sonst im Gewerbebereich üblich. Wir nehmen in diesem Zusammenhang Bezug auf eine Entscheidung des VGH Baden-Württemberg, Beschluss v. 24.05.2006 (6 S 2074/05).

Tatsachen, die auf mangelnde Zuverlässigkeit hindeuten oder bereits schließen lassen, dürfen nicht erst angenommen werden, wenn in einer Einrichtung Verhältnisse herrschen, die geeignet sind, sich als unmittelbare Bedrohung der physischen oder psychischen Integrität zu erweisen. Vielmehr muss – unter Zugrundelegung des in § 2 dargelegten Gesetzeszwecks – die zuständige Behörde bereits dann Anlass zum Einschreiten haben, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass die angemessene Qualität der Betreuung oder die ärztliche und gesundheitliche Betreuung nicht gewährleistet wird bzw. ist. Wenn Anhaltspunkte vorliegen, dass dies dem Betrieb nicht wesensfremd ist, sondern ihm vielmehr als prägendes Merkmal anhaftet, muss nicht erst der Beweis erbracht werden, dass den Bewohnerinnen und Bewohnern hieraus konkrete Gefahren erwachsen. All dem trägt Satz 3 unseres Vorschlags Rechnung.

Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohner (§ 9 SWBQ - E)

Wir befürworten die Regelung, dass die Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohner durch ein Mitwirkungs-gremium erfolgen soll. Die Mitwirkung ist als eines der Herzstücke dieses Gesetzes zu betrachten und wir schlagen angesichts der Bedeutung dieser Vorschrift folgende Änderungen/Ergänzungen vor:

Absatz 1: Die Bewohnerinnen und Bewohner einer Einrichtung nach § 1a Absatz 1 wirken in Angelegenheiten des Betriebes der Einrichtung mit. Die Mitwirkung erstreckt sich insbesondere auf:

- *alle Angelegenheiten der Einrichtung wie Unterkunft, Betreuung, Aufenthaltsbestimmungen, Heim- bzw. Einrichtungsordnung, Verpflegung, Freizeitgestaltung etc.*
- *Maßnahmen bei der Sicherung der angemessenen Qualität bei Pflege und Betreuung.*

Absatz 2: Die Mitwirkung erfolgt durch ein Mitwirkungs-gremium. Mitwirkungs-gremien sind die Bewohnervertretung, die Bewohnerversammlung oder einen externer Bewohnerbeirat. Die Mitwirkung durch die Bewohnerinnen und Bewohner genießt Vorrang. Sie bestimmen und entscheiden über die Form des Mitwirkungs-gremiums; hierbei sind Kombinationen möglich. Des Weiteren beschließen die Bewohnerinnen und Bewohner eine dem Charakter ihrer Einrichtung entsprechende Mitwirkungsordnung.

Sind die Bewohnerinnen und Bewohner aufgrund der besonderen Struktur bzw. Belegung der Einrichtung zur Mitwirkung nicht in der Lage, wird die Vertretung der Einrichtung gem. (5) dieser Vorschrift sichergestellt.

Absatz 3: Mindestens 1/3 der Bewohnervertretung, Bewohnerversammlung besteht aus fach- und sachkundigen einrichtungsexternen Mitgliedern. Diese werden von den in der jeweiligen Einrichtungsregion tätigen Sozialverbänden, Behinderten- und Seniorenvertretungen vorgeschlagen und von den Bewohnerinnen und Bewohnern der Einrichtungen gewählt.

Aus Absatz 2 des Entwurfs wird Absatz 4

Absatz 5: Kommt aufgrund der besonderen Struktur bzw. Belegung einer Einrichtung eine ständige funktionierende Bewohnervertretung oder -versammlung nicht zustande, hat die zur Durchführung dieses Gesetzes zuständige Behörde darauf hinzuwirken, dass ein externer Bewohnerbeirat gebildet wird. Die in der Region tätigen Sozialverbände, Behinderten- und Seniorenbeiräte wirken bei der Berufung der Mitglieder durch eigene Personalvorschläge mit. Die Wahl und Entsendung der Mitglieder erfolgt durch das gesetzliche Vertretungsorgan auf Kreisebene.

Aus Absätzen 3, 4, werden Absätze 6, 7.

Es wird eingefügt:

Absatz 8: Das Mitwirkungs-gremium wird vom Einrichtungsträger/der Einrichtungsleitung in seiner Arbeit unterstützt. Der Träger/Die Leitung hat den Mitgliedern des Gremiums eine angemessene Fort- und Weiterbildung zu ermöglichen. Träger bzw. Leitung gehen dem Vorbringen des Mitwirkungs-gremiums nach und erteilen ihm die notwendigen Auskünfte. Das Mitwirkungs-gremium ist in Ausübung seines Amtes nicht an Weisungen gebunden. In regelmäßigen Abständen legt es dem Einrichtungsträger und der Einrichtungsleitung einen schriftlichen Erfahrungsbericht vor.

Das Amt der Mitglieder des Mitwirkungs-gremiums ist ein Ehrenamt. Es handelt sich um eine betreuende Tätigkeit, für die das einzelne Mitglied von der Einrichtung eine Kostenerstattung erhält.

Absatz 5 Entwurf wird Absatz 9

Absatz 10: Näheres über die Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohner ist in der Rechtsverordnung nach § 10 Abs. 1 Nr. 3 zu regeln.

Die Wahrnehmung und Durchsetzung der eigenen Interessen wird für hochbetagte Menschen bei gleichzeitig bestehender Multimorbidität immer schwieriger. Hinzu kommt, dass in vielen Einrichtungen lebende Menschen mit Behinderungen und Pflegebedürftige zur Durchsetzung ihrer Rechte aufgrund fehlender oder nicht entsprechend handlungsfähiger bzw. handlungsbereiter Angehöriger auch nicht auf diese Unterstützung zurückgreifen können. Immer mehr Menschen sind also zur Wahrung ihrer Rechte und Interessen in stationären Einrichtungen auf öffentliche Fürsorge und Interessenwahrnehmung angewiesen.

In § 9 Absatz 1 sind die Formen der Mitwirkung, auf die diese sich insbesondere erstreckt, explizit aufzunehmen. Es handelt sich hierbei nach unserer Überzeugung insbesondere um die Mitwirkung bei Angelegenheiten wie bspw. Unterkunft, Betreuung, Aufenthaltsbestimmung usw.

Zu § 9 Absatz 2: Vorrang hat stets die Mitwirkung durch die Bewohnerinnen und Bewohner selbst. Sie bestimmen über die Art ihrer Interessenvertretung, sofern sie aufgrund ihrer geistigen und/oder psychischen Verfassung hierzu in der Lage sind.

Zu § 9 Absatz 3: Aufgrund der besonderen Schutzbedürftigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner der Einrichtungen muss die Fürsorge und Interessenwahrnehmung nach unserer Überzeugung in jedem Falle auch über eine zivilgesellschaftlich organisierte Interessenvertretung durch fachkundige Bürgerinnen und Bürger erfolgen, die mindestens 1/3 des jeweiligen Gremiums darstellen. Diese Ombudsmänner und Ombudsfrauen werden auf Vorschlag der in der jeweiligen Einrichtungsregion tätigen Sozialverbände, Behinderten- und Seniorenvertretungen von den Bewohnerinnen und Bewohnern der Einrichtung gewählt. Diese Form der Legitimation hat grundsätzlich Vorrang angesichts der Aufgabe, Aufgabe, Selbständigkeit, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung der Bewohnerinnen und Bewohner zu wahren und zu fördern, § 2 (1) Nr. 2 E SWBQG.

Zu § 9 Absatz 5: Wir halten es ebenfalls für unerlässlich, eine Regelung für den Fall zu treffen, dass eine ständige funktionierende Bewohnerinnenvertretung oder -versammlung aufgrund der besonderen Struktur bzw. Belegung einer Einrichtung nicht zustande kommt. Die besondere Struktur bzw. Belegung der Einrichtung kann dies notwendig machen, wenn bspw. den Bewohnerinnen und Bewohnern aufgrund von Demenz, geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung die eigene Mitwirkung im Rahmen der 2/3 Belegung des Mitwirkungsremiums verwehrt ist.

In diesen Fällen hat die Heimaufsicht darauf hinzuwirken, dass ein einrichtungsexterner Bewohnerbeirat zustande kommt. Die in der Region kontinuierlich tätigen Sozialverbände, Behinderten- und Seniorenvertretungen wirken auch hier bei der Berufung durch eigene Personalvorschläge mit. Die Wahl und Entsendung wird hier vom Kreistag wahrgenommen. Hiermit wird unserer Überzeugung nach ein Stück regionale Mitwirkungsverantwortung verwirklicht und wahrgenommen.

Zu § 9 Absatz 8: Die Unterstützung des Mitwirkungsremiums durch den Einrichtungsträger bzw. die -leitung ist von größter Bedeutung. Sie ist notwendig, um die mit diesem Gesetz verfolgten Ziele und Aufgaben zu erreichen bzw. zu erfüllen. Der Wichtigkeit wird durch einen eigenen Absatz in § 14 Rechnung getragen. Wir nehmen bezüglich des Inhalts Bezug auf § 8 (4) und (5) SKHG.

Angesichts der Komplexität der Aufgaben des Mitwirkungsremiums ist die Gewährung der angemessenen Fort- und Weiterbildung allerdings hier als verbindliche Regelung zu gestalten, eine Soll-Vorschrift reicht unseres Erachtens nicht aus.

Ergänzende Anregung für die Rechtsverordnung (§ 10 Absatz 1 Nummer 3)

In dieser Rechtsverordnung ist vorzusehen, dass auch Angehörige und sonstige Vertrauenspersonen der Bewohnerinnen und Bewohner sowie Mitglieder der regionalen Sozialverbände, Behinderten- und Seniorenvertretungen in das Mitwirkungsremium gewählt werden können. Ebenfalls sind dort die Aufgaben und Angelegenheiten der Mitwirkung des Mitwirkungsremiums konkret aufzuführen. Des Weiteren muss die Verordnung Regelungen zu Amtszeit und Geschäftsführung des Mitwirkungsremiums treffen sowie Nachfolgeregelungen für den Fall, dass ein oder mehrere Mitglieder des Mitwirkungsremiums ihr Mandat nicht mehr ausüben können.

Die Rechtsverordnung, die die Wahl und die Aufgaben des Mitwirkungsremiums und des Bewohnerfürsprechers sowie die Art, Umfang und Form der Mitwirkung regelt, muss auch konkrete Rahmenbedingungen für die Mitwirkungsremien schaffen, damit diese ihrer Arbeit im Interesse hilfsbedürftiger Menschen kontinuierlich und unter diesen besonderen Rahmenbedingungen geschützt und gestärkt nachgehen können. Zu diesen gehören unseres Erachtens die nachgenannten Punkte:

- organisatorische und materielle Unterstützung durch den Einrichtungsträger/die Einrichtungsleitung bei der Wahl bzw. Berufung der Mitwirkungsremien
- regelmäßige und gut wahrnehmbare Informationen über die Aufgaben die Zusammensetzung, die Erreichbarkeit, die Arbeitsweise usw. des Mitwirkungsremiums,
- Gewährleistung des ständigen Zugangs zum jeweiligen Träger bzw. zur Leitung und deren Pflicht zur Transparenz. Dies betrifft insbesondere in Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsfragen incl. der konstruktiven und zeitnahen Auseinandersetzung mit den vorgetragenen Anliegen des Mitwirkungsremiums,
- die Sicherstellung der Schulung und Begleitung der mitwirkungsbereiten Bewohnerinnen, Bewohner, Bürgerinnen und Bürger in allen Fragen des Heimrechts, der Pflege und Betreuung bzw. Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner. Die Einrichtung ist zum Ersatz der durch die Tätigkeit des Mitwirkungsremiums entstehenden Kosten entsprechend verpflichtet. Ansonsten ist die Tätigkeit ehrenamtlich.

Wir halten es im Sinne einer funktionierenden und vor allen Dingen kontinuierlichen Mitwirkung für unabdingbar, dass eine Regelung für den Fall getroffen wird, dass ein oder mehrere Mitglieder des Gremiums ihr Mandat nicht mehr ausüben können.

Beschwerdeverfahren (§ 9a SWBQ - E)

Wir begrüßen ausdrücklich die Aufnahme des § 9a – Beschwerdeverfahren in den Gesetzentwurf.

Beschäftigungsverbot, kommissarische Leitung der stationären Einrichtung (§ 14 SWBQ - E)

Wir begrüßen ausdrücklich die Erweiterung des Anwendungsbereiches des § 14, der sowohl in Absatz 1 als auch Absatz 2 nunmehr ein Beschäftigungsverbot zusätzlich für ambulante Pflegedienste (§ 1c) vorsieht.

Arbeitskammer des Saarlandes
Hauptgeschäftsführung

08.11.2016

Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Änderung des Landesheimgesetzes Saarland und weiterer Gesetze

(Drucksache 15/1929)

Stellungnahme

Im Rahmen der Föderalismusreform im September 2006 ist die Zuständigkeit für das Heimrecht den Ländern zugefallen. Das damals geänderte Heimrecht mit den vier Rechtsverordnungen über bauliche und personelle Anforderungen, die Heimmitwirkung und Informationspflichten der Träger ist 2009 in Kraft getreten. Es ist nun vollständig in die Landeskompetenz übergegangen. Der Schwerpunkt der damaligen Änderung lag auf dem Bereich der stationären Altenpflege. Durch die geänderte Inanspruchnahme neuer, auch ambulanter Wohnformen und temporärer Hilfen und der Dienstleistungserweiterung von Anbietern der Pflegeleistungen wurde eine Anpassung des Landesheimgesetzes vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie angeregt. Auch für diese, an den neuen Leistungen teilnehmenden Menschen, soll der staatliche Schutz ausgeweitet werden. Ein entsprechender Entwurf der Landesregierung, Gesetz zur Sicherung der Wohn-, und Betreuungsqualität volljähriger Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf und volljähriger Menschen mit Behinderung - Saarländisches Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz (Landesheimgesetz Saarland – LHeimGS), liegt nun zur externen Anhörung vor.

Da auch nach dieser Gesetzesänderung die Anhörungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten in einer nicht dem parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren unterliegenden Rechtsverordnung geregelt werden, schlagen wir vor, diese in das Gesetz aufzunehmen. Dies wurde von Seiten der Arbeitskammer bereits bei der letzten Gesetzesänderung bemängelt. Bereits im März 2014 hatte sich die „Expertengruppe LHeimGS“ konstituiert, um den Änderungsbedarf im Gesetz aufzuzeigen und zu diskutieren. Vor allem die Rechtsstellungs- und die Eingriffsmöglichkeiten der Heimaufsicht sollten verbessert und klar gestellt werden. Im Blick auf stattgefundene Grenzüberschreitungen gegenüber Betreuungs- und Pflegebedürftigen soll zukünftig Misshandlungsrisiken und Gefährdungen von Menschen mit Hilfebedarf auf einer gesetzlichen Grundlage vorbeugend und bejahend begegnet werden.

Die Chance wurde wahrgenommen, bei der Änderung des Gesetzes auf den besonderen Bedarf von einzelnen Menschen einzugehen. Dies ermöglicht im Hilfe- und Pflegebedarf zukünftig mehr Selbstbestimmung in der Versorgung und in den unterschiedlichen Bedürfnislagen. Positiv hierbei ist aus Sicht der Arbeitskammer die Ausdehnung der teilstationären Form auch auf die Tages- und Nachtpflege und im stationären Bereich auf die Hospize. Auch für diese Menschen gilt aus unserer Sicht ein besonderes Schutzbedürfnis, da sie in der Tages- und Nachtpflege regelmäßig wiederkehrend in einer Einrichtung sind und bei den Hospizen in den meisten Fällen auch bis zum Ende ihres Lebens verbleiben. Zudem ist die Erweiterung der Experimentierklausel aus unserer Sicht sehr zu begrüßen. Sie schafft für bewährte Träger die Möglichkeit, neue zukunftsfähige Wohn- und Betreuungsformen mit der entsprechenden methodischen, wissenschaftlich fundierten Begleitung als Modellprojekt im Saarland einzuführen und bei entsprechender Bewährung fest zu etablieren. Leider wurde die Frage der selbstorganisierten Wohn- und Betreuungsformen nicht thematisiert. Des Weiteren ist die Umlage der Kosten der wissenschaftlichen Begleitung auf den Träger aus unserer Sicht bedenklich. Neue Wohn- und Betreuungsformen sind meist bei der Einführung mit hohen Kosten verbunden und somit auch risikoreich für die Träger. Hier sollte über eine andere Art der Finanzierung nachgedacht werden, da es hier um einen gesamtgesellschaftlichen Auftrag handelt.

Besonders zu begrüßen ist die Einführung von Punkt 3 im § 2, Absatz 1 („die kulturelle Herkunft, die religiöse, weltanschauliche und sexuelle Orientierung sowie die geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Belange der Bewohnerinnen und Bewohner von Einrichtungen nach § 1a zu achten.“). Ebenso positiv zu bewerten ist die Einführung des neuen Absatzes 2 im § 2, in dem die Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen und des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

vollumfänglich aufgenommen wird. Die Einführung der Anzeigepflicht nach § 4 auch auf ambulante Dienste zu erweitern, ist sinnvoll im Blick auf einheitliche Regelungen.

Kritisch gesehen wird von uns der geplante § 5, Absatz 2, Punkt 3 für den stationären Bereich und § 5, Absatz 4, Punkt 3 im ambulanten Pflegebereich. Grundsätzlich geht es hier um den Schutz von Menschen mit Hilfebedarf und die Einführung einer Regelung, damit Übergriffe und Misshandlungen zukünftig vermieden werden. Die Arbeitskammer hat hier allerdings Bedenken im Hinblick auf die Rechtsfolgen aus Einträgen im Führungszeugnis, die nichts mit dem Berufsbild und Berufsethos der Pflegeberufe zu tun haben. Hier braucht es einen klaren Verweis auf die rechtlichen Konsequenzen. Die Formulierung im Novellierungsvorschlag zur Verordnung über personelle Anforderungen für Einrichtungen nach dem saarländischen Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz, Saarländische Wohn- und Betreuungspersonalverordnung sind hier nicht abschließend aussagekräftig. Außerdem ist die Frage der Kosten für ein erweitertes Führungszeugnis nicht geklärt.

Mit Bedauern hat die Arbeitskammer festgestellt, dass der alte § 6, Absatz 1, Nummer 2 in dem Novellierungsvorschlag gestrichen wurde. Dieser Paragraph ist aber im Rahmen der Transparenz und Mitwirkung bei den Informationspflichten der Träger gegenüber den Menschen mit Hilfebedarf unabdingbar. Wir bitten, diesen wieder einzufügen.

Grundsätzlich können die Änderungen des Gesetzes zur Sicherung der Wohn- und Betreuungsqualität volljähriger Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf und volljähriger Menschen mit Behinderung in ihrer Ausrichtung befürwortet werden. Im Besonderen durch den neu aufgenommenen § 9a wird die Möglichkeit der Mitwirkung in Einrichtungen erweitert. Auszunehmen sind an dieser Stelle die Punkte in den §§ 5 und 6, die aus unserer Sicht eine nochmalige Überarbeitung benötigen. Ebenso die Frage der Finanzierung der wissenschaftlichen Begleitung im Rahmen der Experimentierklausel.

Die Arbeitskammer begrüßt die Beteiligung von Verbänden und Spitzenorganisationen aus dem Pflegebereich bei der Einschätzung des Gesetzes und befürwortet diese Verfahrensweise auch für die Zukunft.

Saarbrücken, den 04. November 2016

Postfach 10 24 53, 66024 Saarbrücken

Landtag des Saarlandes
Frau Kristina Hort
Franz-Josef-Röder-Straße 7
66119 Saarbrücken

Geschäftsstelle des Pflegebeauftragten

Saarbrücken, 04.11.2016

AnsprechpartnerIn:
Petra Lorch

Tel.-Nr.: 0681 / 501 - 3483
Fax-Nr. 0681 / 501 - 3277

E-Mail:
geschaeftsstelle.pflegebeauftragter@soziales.saarland.de

Sehr geehrte Frau Hort,

wie ich Ihnen am 02.11.2016 telefonisch bereits mitteilen konnte, ist es mir zu meinem Bedauern nicht möglich, den Termin vom 16.11.2016 wahrzunehmen. Ich werde zu dieser Zeit bereits auf dem Weg nach Potsdam sein, wo der diesjährige Sozialgerichtstag stattfindet und wo ich in der Kommission SGB XI (Soziale Pflegeversicherung) seit Gründung mitarbeite.

Zur Sache selbst darf ich Folgendes bemerken:

Die vorgesehene Novellierung des Landesheimgesetzes Saarland und weiterer Gesetze wird von mir befürwortet. Insbesondere begrüße ich die Erweiterung der Zuständigkeit der Heimaufsicht auf ambulante Dienste. Hierzu habe ich an anderer Stelle bereits Näheres vorgetragen, insbesondere auf Beispiele hingewiesen, die es angezeigt erscheinen lassen, die Prüfkompetenz der Heimaufsicht zu erweitern.

Ich plädiere des Weiteren dafür, dass man weitere Entwicklungen im Auge behält. Zurzeit konstituieren sich „Wohngemeinschaften“, die nichts anderes darstellen als Beatmungsstationen. Der Unterschied zu stationärer Unterbringung war für mich bisher nicht wahrnehmbar. Es soll den dortigen Bewohnern deshalb die selbe Sicherheit gegeben werden wie Bewohnern von Heimen, da begründeter Anlass besteht, diese „Wohngemeinschaften“ weniger als neues Unterstützungsangebot, sondern vielmehr als neues Geschäftsmodell anzusehen.

Angesichts des sich auf diesem Gebiet entwickelnden Einfallsreichtums sollte deshalb gewährleistet sein, dass der beabsichtigte Gesetzesentwurf mit solchen Entwicklungen Schritt hält.

Mit freundlichen Grüßen


Jürgen Bender

Der Pflegebeauftragte

Franz-Josef-Röder-Straße 23	66119 Saarbrücken
Tel.: +49 (0) 681 501-3297	Fax: + 49 (0) 681 501-3277
E-Mail: geschaeftsstelle.pflegebeauftragter@soziales.saarland.de	



HEP LV Rheinland-Pfalz | In der Wesch 5 | 56814 Illerich

Landtag des Saarlandes

Ausschuss für Soziales,
Gesundheit und Familie

Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland

Josef Helten
in der Wesch 5
56814 Illerich
Telefon: 015175079685
E-Mail: rlp@berufsverband-hep.de
Internet: www.berufsverband-hep.de
Bankverbindung:
Sparkasse Günzburg-Kumbach

IBAN : DE 92 7205 1840 0000 280560
BIC: BYLADEM1GZK

Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Änderung des Landesheimgesetzes Saarlandes

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Sie gewählt wurden um die Interessen und das Wohl der Menschen in ihrem Bundesland zu vertreten.

Es freut mich sehr, dass unser Berufsverband von ihnen wahrgenommen wird und zu diesem Gesetzentwurf angehört wird.

Im Berufsverband der Heilerziehungspflege sind alle Mitglieder ehrenamtlich tätig, auf Länder-, und Bundesebene.

Wir vertreten das Berufsbild der Heilerziehungspflege in der Öffentlichkeit, setzen uns für eine klare Abgrenzung zu anderen in der Behindertenhilfe tätigen Berufsgruppen ein, wobei wir die interdisziplinäre Zusammenarbeit stark fokussieren.

Unser Ziel ist die bestmögliche Begleitung und Assistenz für die uns anvertrauten Menschen, wir nehmen daher Einfluss auf die Qualität der Ausbildung und bieten wichtige Informationen die unser Berufsbild betreffen.

Wir verstehen uns als die Fachkräfte in der Eingliederungshilfe mit pädagogischen, bildungsbegleitenden und pflegerischen Kompetenzen.

Die Zusendung des Gesetzestextes empfand ich als knapp bemessen, da ich in Vollzeit berufstätig bin und ehrlich gesagt ist ihre Vorlage entsetzlich bürokratisch und so für das „gemeine Volk“ nur schwer zu verstehen.

Der Personenkreis der Eingliederungshilfe muss in ihrem Gesetz differenzierter ausgearbeitet werden. Für mich ist nicht erkenntlich ob die Menschen mit Beeinträchtigungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe vorab und verständlich, z.B. durch einfache Sprache für die betroffenen Menschen in dieses Gesetz aktiv eingebunden wurden. Das Bundesteilhabegesetz ist noch nicht in „trockenen Tüchern“ und wird bereits von den Betroffenen durch berechtigte Proteste in Frage gestellt. Das Leitbild der

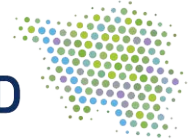
UN-Behindertenrechtskonvention ist die Inklusion. Ich betreue Menschen mit geistiger Behinderung und deren Forderung lautet: „Wir bestimmen, wo wir wohnen, wann wir was Essen, welche Kleidung wir tragen und wann wir schlafen gehen.“ Der Schwerpunkt der Eingliederungshilfe liegt in der Teilhabe und muss in ihrem Gesetz eindeutig zu erkennen sein.

In der Inklusion geht es um die Teilhabe aller Menschen in der Gesellschaft, wir Heilerziehungspfleger setzen uns dafür ein, dass die Gleichberechtigung und Teilhabe auch für Menschen mit Behinderung möglich wird. Daher möchte ich Sie auf diesem Wege bitten, das Thema Heilerziehungspflegeausbildung auf Bundesebene zu besprechen, da Teilhabe in jedem Bundesland gleichwertig und gleichberechtigt gelebt werden kann. Jeder Mensch mit Behinderung soll da leben können wo er möchte, um dies zu gewährleisten bedarf es einer einheitlichen Ausbildung und Anerkennung unserer Berufsausbildung Heilerziehungspfleger auf Bundesebene. Es ist übrigens erfahrungsgemäß einfacher im europäischen Ausland, z.B. in der Schweiz oder Belgien fachlich anerkannt und gehört zu werden, als zwischen diversen Bundesländern der Bundesrepublik.

An ihrer Anhörung werde ich aus beruflichen Gründen nicht teilnehmen können.

Vielen Dank für ihr Interesse,

Josef Helten



- Der Vorsitzende -

MSGFuF, Postfach 10 24 53, 66024 Saarbrücken

Herrn Hermann- Josef Scharf
Vorsitzenden des Ausschusses
Für Soziales, Gesundheit, Frauen und
Familie
Landtag des Saarlandes
Franz-Josef-Röder-Str.23
66119 Saarbrücken

Bearbeiterin: Dr. Anne Funke
Tel.: +(49)681 501-2274
Fax: +(49)681 501-4592
E-Mail: LfB@soziales.saarland.de

Aktenzeichen: LBBS-LandesheimG-16

Datum: 10. November 2016

Stellungnahme:

Anhörung zum Gesetzentwurf zur Änderung des Landesheimgesetzes Saarland und weiterer Gesetze (Drucksache 15/1929)

Ihr Schreiben vom 24.10.2016

Sehr geehrter Herr Scharf,

der Landesbeirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen bedankt sich herzlich für die Möglichkeit der Stellungnahme zum o.g. Entwurf und konzentriert sich dabei auf die Belange von volljährigen Menschen mit Behinderungen.

Der Landesbehindertenbeirat begrüßt die neue Fassung des Anwendungsbereiches mit der Berücksichtigung alternativer Wohnformen neben den klassischen stationären Heimen. Durch die Änderung des Gesetzes und die Verbesserung der Rechtstellung alternativer bzw. neuer Wohnformen befürwortet das Gremium, dass mehr Selbstbestimmung in der Versorgung und in den unterschiedlichen Bedürfnislagen möglich wird.

Dies ist im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die eine unabhängige Lebensführung unterstützt. Im Art. 19 der UN-BRK, dem zentralen Artikel für den Bereich „Wohnen“ steht das Recht auf freie Wahl des Aufenthaltes und der Personen, mit denen ein Mensch leben möchte, im Mittelpunkt. Der Landesbehindertenbeirat bewertet positiv die Einführung der Umsetzung der UN-BRK neben der Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen.

Der Landesbehindertenbeirat begrüßt auch, dass „die kulturelle Herkunft, die religiöse weltanschauliche und sexuelle Orientierung sowie die geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Belange der Bewohnerinnen und Bewohner von Einrichtungen nach § 1a



oder § 1b zu achten“ ist.

Das Gremium befürwortet die erweiterte Experimentierklausel, die eine angemessene wissenschaftliche Begleitung der neuen Wohnformen vorsieht. Zuletzt begrüßt der Landesbehindertenbeirat die Möglichkeit der Mitwirkung in Einrichtungen. Dabei muss aber dafür gesorgt werden, dass die Gremiumsbildung unter Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohner durchgeführt wird.

Grundsätzlich weist das Gremium auf die Beachtung der Barrierefreiheit im Allgemeinen auf: Sowohl die bauliche als die kommunikative Barrierefreiheit sind zu berücksichtigen und u.a. bei der Information, Beschwerdeverfahren und Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohner ist - je nach Bedarf- auf Leichte Sprache bzw. Audio-deskription usw. zurückzugreifen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading 'Wolfgang Gütlein'. The script is cursive and fluid, with the first name 'Wolfgang' and the last name 'Gütlein' clearly distinguishable.

Wolfgang Gütlein



Landtag des Saarlandes
Ausschuss für Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie
Herrn Ausschussvorsitzenden
Hermann-Josef Scharf, MdL
Franz-Josef-Röder- Straße 7
66119 Saarbrücken

Bankverbindung:
Sparkasse Saarbrücken
Konto-Nr. 20008
(BLZ 590 501 01)
IBAN DE59 5905 0101 0000 0200 08
BIC SAKSDE55XXX

vorab per E-Mail: k.hort@landtag-saar.de

Ihr Schreiben vom
24.10.2016

Unser Zeichen
430.501/TM/GT

Bearbeiter/in
Tobias Gergen

Datum
10.11.2016

**Anhörung zum Gesetzesentwurf zur Änderung des
Landesheimgesetzes Saarland und weiterer Gesetze**

Hier: Stellungnahme des Landkreistages Saarland

Sehr geehrter Herr Scharf,

der Landkreistag Saarland nimmt zum o. g. Gesetzentwurf wie folgt Stellung:

Ausdrücklich begrüßt wird die Neufassung des Anwendungsbereiches (§§ 1 bis 1c SWBQG-E). Im Vorblatt zum Gesetzentwurf unter Teil A wird dazu wie folgt ausgeführt:

„Im Lichte dieser Entwicklung wird der Anwendungsbereich des novellierten Gesetzes auf die Tages- und Nachtpflege und ambulante Pflegedienste ausgeweitet sowie alternative Wohnformen in den Fokus gerückt. Ein umfassender Schutz der Menschen, die der Pflege und Betreuung bedürfen, wird damit sichergestellt.“

Es wurde jedoch leider versäumt, diesen Anspruch an den Gesetzentwurf auch inhaltlich umzusetzen und auf die einzelgesetzlichen Regelungen zu übertragen. Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen (§ 1a Absatz 3 SWBQG-E), (nicht selbstorganisierte) ambulante Wohnformen (§ 1b SWBQG-E) sowie ambulante Pflegedienste (§ 1c SWBQG-E) werden zwar in den Anwendungsbereich aufgenommen, finden aber in weiten Teilen des Gesetzentwurfes keine Berücksichtigung bei der konkreten inhaltlichen Ausgestaltung.

Als gänzlich widersprüchlich zur Intention ist nicht zuletzt die Nichtberücksichtigung insbesondere von Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen hinsichtlich regelhafter Überwachung zu nennen. Mit den neu eingeführten Absätzen 11 und 12 des § 11 wird die Überwachung der Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen nach § 1a Absatz 3 sowie der ambulant betreuten Wohnformen gem. § 1b auf eine rein anlassbezogene Überprüfung reduziert. Eine regelhafte, wiederkehrende Überprüfung dieser Einrichtungen ist demnach nicht vorgesehen. Eine solche Regelung unterläuft den Gesetzeszweck gemäß § 2. § 11 Absatz 11 und 12 sind zu streichen und in § 11 Abs. 1 eine Ausweitung auch auf die Einrichtungen gem. § 1a Absatz 3 und § 1b vorzunehmen.

Ich bitte um wohlwollende Beachtung der Anregungen des Landkreistages Saarland.

Mit freundlichen Grüßen



Martin Luckas

VDAB-Geschäftsstelle Mainz | Gonsenheimer Straße 56a | 55126 Mainz

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
Frau Hort
Postfach 10 18 33
66119 Saarbrücken

GESCHÄFTSSTELLE MAINZ

Gonsenheimer Straße 56a
55126 Mainz

Fon 06131/619 55-0

Fax 06131/619 55-20

E-Mail mainz@vdab.de

Internet www.vdab.de

Mainz, 10. November 2016

Gesetzentwurf Änderung des Landesheimgesetzes Saarland

Grundsatzstellungnahme des VDAB

Sehr geehrte Frau Hort,

der Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe e. V., Landesverband Saarland (VDAB e.V.) begrüßt die Initiative für die Änderung des Landesheimgesetzes Saarland. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Gesetzesentwurf.

Der Gesetzentwurf wirft Fragen auf, die über den Inhalt einzelner Regelungen weit hinausgehen.

Pflegeeinrichtungen kontrollieren und Pflegebedürftige schützen zu wollen, ist ein legitimes gesetzgeberisches Ziel. Dies sollte allerdings mit Augenmaß und unter der Prämisse der Selbstbestimmung von Pflegebedürftigen und Wertschätzung von Pflegeeinrichtungen erfolgen. Pflegeeinrichtungen und Pflegebedürftige verdienen ordnungsrechtliche Rahmenbedingungen, die sowohl dem Schutzinteresse des Staates, als auch den Grundrechten von Pflegeunternehmern und Pflegebedürftigen gerecht werden.

Unsere nachfolgende Grundsatzstellungnahme ist von dieser Überzeugung getragen.

In Zeiten des Pflegefachkräftemangels wird viel über das Image der Pflege und der Pflegebranche diskutiert. Heimgesetze auf Landesebene spielen für das Erscheinungsbild der Pflege in der Öffentlichkeit eine zentrale Rolle. Deshalb sollte darauf geachtet, dass sich das Saarländische Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz in dieser Hinsicht nicht kontraproduktiv auswirkt.

Wir sind uns sicher, dass es ein gemeinsames Anliegen ist, die Pflege im Sinne der Pflegebedürftigen zu stärken und hoffen, mit unseren Erwägungen dazu beitragen zu können, dass dies gelingt.

I. Das Saarländische Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz im Kontext zu existierenden Landesheimgesetzen

Eine grundsätzliche Fehleinschätzung hat dieser Gesetzentwurf mit allen bisherigen Heimgesetzen auf Landesebene gemein: Es wird die Notwendigkeit einer Ausweitung des Ordnungsrechts auf den ambulanten Bereich und damit unweigerlich auf die Privatsphäre des Pflegebedürftigen gesehen. Wir halten dies für unnötig und verfassungsrechtlich bedenklich.

II. Ziel des umfassenden Schutzes von Pflegebedürftigen

An vielen Stellen der Gesetzesbegründung wird deutlich, dass die Umsetzung des staatliche Schutzinteresses das alles überlagernde Ziel des Gesetzgebers ist. Für uns stellt sich die Frage, ob das Ziel richtig gewählt ist.

Klar ist: Das Saarländische Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz muss als Ordnungsrecht den infrastrukturellen Rahmen vorgeben, in dem professionelle Pflege stattzufinden hat. Macht man es sich darüber hinaus zur Aufgabe, Garant für eine in jeder Hinsicht angemessene pflegerische Versorgung zu sein, so muss die Frage

erlaubt sein, ob man diesem Anspruch überhaupt gerecht werden kann. Es liegt auch in der Verantwortung des Gesetzgebers, keine falschen Hoffnungen zu wecken.

III. Änderung der Ausrichtung der zuständigen Behörde – „Vertrauen statt Misstrauen“

Im Entwurf zur Änderung des Landesheimgesetzes wurde nicht der Fokus auf die Beratungen der Pflegeeinrichtungen gelegt. Auch hier sollte die Entwicklung weg von der Prüfbehörde gehen, die durch wiederkehrende Prüfungen den Einrichtungen gegenüber ein nicht angebrachtes Misstrauen entgegenbringt. Die Behörde sollte mehr auf die Beratung der Pflegeeinrichtungen setzen um gemeinsam mit den Einrichtungen eine gute Qualität sicherzustellen und Vertrauen zu schaffen.

§ 1 Anwendungsbereich / § 1a Stationäre Einrichtungen / § 1b Einrichtungen des Ambulant betreuten Wohnens / § 1c Ambulante Pflegedienste

Persönliche Selbstbestimmung versus staatlichen Schutzanspruch

Der Gesetzgeber strebt einen möglichst weitgehenden „Schutz“ des Pflegebedürftigen auch im ambulanten Bereich an. Dieser Bereich sollte allerdings vom Selbstbestimmungsrecht der Pflegebedürftigen und deren Angehörigen dominiert bleiben. Darüber hinaus sprechen wir rein rechtlich vom grundrechtlich geschützten Bereich der eigenen Häuslichkeit. Dort haben sich staatliche Kontrollen grundsätzlich zurück zu halten.

Bestehende ambulante Pflegeeinrichtungen werden durch das Gesetz behindert und ihre Entwicklung im Hinblick auf zusätzliche innovative Konzepte gebremst. Im Hinblick auf die Bundesgesetzgebung, nämlich den Ausbau neuer ambulanter Wohnformen unter dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ wird eine zusätzliche bürokratische Hürde und Hemmschwelle aufgelegt.

Fraglich ist auch, inwieweit das Schutzbedürfnis gegenüber der ambulanten Versorgung gesteigert ist, wenn Pflegebedürftige in Ihrer Häuslichkeit wohnen. Bei einer „normalen“

ambulanten Versorgung verfügt die Heimaufsicht auch über keine Eingriffs- und Kontrollbefugnis. Die Qualität der pflegerischen Versorgung wird von anderer Stelle geprüft. So werden beispielsweise die Pflegebedürftigen durch professionelle Pflegedienste versorgt, die einer jährlichen Kontrolle durch den MDK im Auftrag der Landesverbände der Pflegekassen unterliegen. Im Zuge dieser Überprüfung erfolgt bekanntlich ein Hausbesuch incl. einer Befragung und körperlicher Inspektion des Pflegebedürftigen, so dass der MDK ein Bild über die Versorgung und somit auch evtl. Gewalt erhält.

Ein weiteres Instrument hat der Gesetzgeber erstens durch die Schaffung von Pflegestützpunkten und Pflegeberatern bereits geschaffen und zweitens durch das Instrument der Pflegebegutachtung zum Erreichen einer Pflegestufe. Diese haben sich bewährt und sind ausreichend.

Darüber hinaus sind die Anforderungen an eine ambulante Pflege- und Betreuungseinrichtung grundlegend von denen an eine stationäre Einrichtung zu unterscheiden. Die Anforderungen an den Betrieb einer stationären Einrichtung, die zu erfüllen sind, wenn das Gesetz zum Schutz von Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern diese Wohnform explizit mit in den Geltungsbereich aufnimmt, führen zu einer Situation vor Ort, die so von den Betroffenen nicht gewünscht ist. Sie haben sich bewusst für diese Form des Wohnens entschieden, weil sie nicht in einer stationären Einrichtung ihren letzten Lebensabschnitt verbringen wollen. Hätten sie sich für einen Einzug in eine stationäre Einrichtung entschieden, hätten sie dies auch umgesetzt. Das Gesetz holt über diese Vorschriften die Pflegebedürftigen in eine stationäre Einrichtung hinein.

Die Änderung des Gesetzes sollte nicht nur durch negative Presseberichtserstattung und diverse negative Publikationen gesteuert sein. Vielmehr sollten auch der Wertschätzung und dem Respekt gegenüber den Pflegenden, ob professionelle oder Laienpflege, Rechnung getragen werden.

§ 5 Qualitätsanforderungen an den Betrieb

Absatz 1 Nummer 8

Die Begründung zu dieser Änderung begrüßen wir, da hier richtig auf die Probleme der Tages- und Nachtpflege eingegangen wurde und diese hier im Gesetz berücksichtigt wurden. Aus unserer Sicht sollte hier jedoch die Formulierung vereinfacht werden, da es so für den Laien (gerade ohne die Begründung zu kennen) durchaus falsch verstanden werden kann.

Absatz 2 Nummer 3

Die Auflage für den Träger die Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses bei Einstellung sowie regelmäßig alle vier Jahre durch die Arbeitnehmer zu verlangen, ist nicht tragbar. Aus dem geplanten Wortlaut ist unserer Ansicht nach kein Anspruch des Arbeitnehmers im Sinne des § 30 Absatz 1 Satz 1 BZRG ableitbar. Zudem führt die umfassende und regelmäßige Vorlage des erweiterten Führungszeugnisses zu einem hohen Verwaltungsaufwand und zu Kosten, die hier vom Arbeitnehmer zu tragen wären. **Forderung: ersatzlos streichen**

Absatz 4 Nummer 3

Ist Analog zu Absatz 2 Nummer 3. **Forderung: ersatzlos streichen.**

§ 6 Informationspflicht der Träger

Absatz 1 Nummer 2

Eine Aufnahme der Regelung ist redundant, da dies bereits im WBVG geregelt ist.

§ 9a Beschwerdeverfahren

Auch die Aufnahme des Beschwerdeverfahrens ist hier nicht notwendig, da dies bereits im WBVG geregelt ist.

§ 11 Überwachung

Im Rahmen der Gesetzesänderung hätten wir uns gewünscht, dass die Behörde den Beratungsansatz weiter verfolgt. Unserer Meinung nach ist es der richtige Ansatz, auf die Fachlichkeit der Pflegeeinrichtung zu vertrauen und den Fokus mehr auf die Beratung zu legen und nicht auf wiederkehrende Prüfungen. Die Möglichkeit zur Anlassprüfung sollte allerdings weiterhin bestehen.

Absatz 13

Die Aufnahme der Prüfmöglichkeit durch die zuständige Behörde bei ambulanten Einrichtungen lehnt der VDAB ab und weist nochmals auf seine Forderung hin, die ambulanten Pflegedienste aus dem Geltungsbereich heraus zu nehmen. Durch die Prüfungen durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung und dem Prüfdienst des Verbandes der privaten Versicherung e. V. wird bereits jährlich die Strukturqualität der ambulanten Pflegedienste geprüft. Zudem haben ambulante Dienste kaum Berührungspunkte mit ordnungsrechtlichen Belangen, da sie ihre Leistungen in der Häuslichkeit des Klienten erbringen.

Forderung: ersatzlos streichen

§16 Ordnungswidrigkeiten

Absatz 2 Nummer 5

Durch die Vielzahl an Verweisen völlig unverständlich. Die Formulierung muss hier einfacher und verständlicher gestaltet werden.

Der VDAB ist einer der größten privaten Trägerverbände Deutschlands. Er versteht sich als bundesweiter Interessenverband für private, professionelle Pflegeeinrichtungen.

Mit freundlichem Grüßen



Alexander Roth
PFLEGE MUSS GEPFLEGT WERDEN!

Gründungsstelle Mainz
Gründungsstelle, 55126 Mainz
VDAB Fachreferent 01955-20
Verband Qualität der Alten- und Behindertenhilfe e.V.

Von: Kurscheidt, Paul

Gesendet: Freitag, 11. November 2016 17:52

An: [REDACTED]@landtag-saar.de'; [REDACTED]@landtag-saar.de'

Betreff: WG: Anhörung zum Gesetzentwurf des LHeimGS

Az.: 825/12/1

Sehr geehrte Frau Hort,

vielen Dank für Ihre Einladung und dass Sie uns die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Änderung des Landesheimgesetzes Saarland eingeräumt haben.

Wir haben keine Anmerkungen zu dem übermittelten Gesetzentwurf und möchten lediglich darauf hinweisen, dass auf S. 52 der übermittelten Unterlagen der Prüfdienst des Verbandes der Privaten Krankenversicherung e.V. nicht erwähnt wird. In den Ausführungen zu Doppelbuchstabe bb (Änderung des § 11 Absatz 5 Satz 2 LHeimGS) wird darauf hingewiesen, dass durch die Ersetzung der Wörter „des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung“ durch die Wörter „der Prüfdienste“ klar gestellt werde, dass auch der Sozialmedizinische Dienst der Knappschaft Bahn See gemeint sei. Nicht erwähnt wird hingegen der Prüfdienst des Verbandes der Privaten Krankenversicherung e.V. wie dies auf S. 41 der Unterlagen zu Doppelbuchstabe gg (Änderung des § 2 Nummer 7 LHeimGS) der Fall ist.

Wir gehen davon aus, dass diesbezüglich ein redaktionelles Versehen vorliegt und regen an, den Text der Begründung dadurch zu ändern, dass nach den Worten „Knappschaft Bahn See gemeint ist“ der Punkt als Satzzeichen entfernt wird und der Satz ergänzt wird durch die Worte „und der Prüfdienst des Verbandes der Privaten Krankenversicherung e.V..“ (Diese Bezeichnung wird auch im SGB XI verwendet).

Da weitere Anmerkungen nicht bestehen, möchten wir auf eine Teilnahme an der Anhörung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie am 16. November 2016 verzichten. Sollten Sie jedoch unsere Teilnahme für notwendig erachten, bitten wir um einen entsprechenden Hinweis.

Für die weiteren Beratungen wünschen wir Ihnen viel Erfolg!

Mit freundlichen Grüßen

Paul Kurscheidt

Referent

Geschäftsbereich Pflege

Tel.: 0221 [REDACTED]
Fax: 0221 [REDACTED]
Mobil: [REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]@pkv.de

Verband der Privaten Krankenversicherung e.V.
Abteilung Qualitätsprüfung von Pflegeeinrichtungen
Gustav-Heinemann-Ufer 74c
50968 Köln

www.pkv.de

Diese Email enthält vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen. Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese Email irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten Sie diese Mail. Das unerlaubte Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser Mail ist nicht gestattet.

This email may contain confidential and/or privileged information. If you are not the intended recipient (or have received this email in error) please notify the sender immediately and destroy this email. Any unauthorized copying, disclosure or distribution of the material in this email is strictly forbidden.